

Die „Freiheit“ erscheint täglich morgens und nachmittags, Sonntags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus M. 18.— für den Monat Dezember, im voraus zahlbar. Für Hochbezug werden ermäßigte Verhältnisse in Betrachtung gezogen. Unser Einzelband dagegen für Deutschland, Tschechien, das Saar und Mitteldeutschland sowie die früheren deutschen Gebiete Ostens und Ostpreußens M. 2.—, für das übrige Ausland M. 3.—. Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin E 2, Breite Straße 50

Die Jahrgangspostens Nonpareilspelle über deren Raum kostet 6.— M., einschließlich Anfertigungskosten. Kleine Anzeigen: Das festgedruckte Wort 2.— M., jedes weitere Wort 1,50 M., einschließlich Anfertigungskosten. Variable Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Verträge 2,75 M. netto pro Zeile. Stellen-Verträge in Wort-Anzeigen: Das festgedruckte Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1.— M. Fernsprecher: Zentrum 152 30—152 39

# Freiheit

## Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

### Engere Verknüpfung der Entente

#### Zwei Ergebnisse von London

Paris, 22. Dezember.

Die „Agence Havas“ meldet: Die letzte Unterredung zwischen Briand und Lloyd George, an der Douhaire, Bertelot und die französischen und britischen Sachverständigen teilnahmen, endete um 1/1 Uhr nachmittags. Die beiden Ministerpräsidenten verständigten sich über alle Punkte. Da sie jedoch in Abwesenheit der anderen Alliierten keinen Beschluß fassen können, wird die endgültige Entscheidung vom nächsten Obersten Rat, an dem Briand und Lloyd George teilnehmen werden, in engem Einvernehmen getroffen werden.

Briand versicherte der Presse seine lebhafteste Genugtuung über das erzielte Einvernehmen. Zwei wichtige Ergebnisse wurden in London erzielt: das erste, das praktischer und materieller Natur ist, besteht in der Einberufung des Obersten Rates und der Berücksichtigung der gemeinsamen Auffassung der Fragen, die von der Versammlung behandelt werden sollen. Das zweite ist politischer Natur und hat vielleicht noch größeres Gewicht. Es bedeutet eine engere Verknüpfung der Entente, eine wichtige Grundlage für den Erfolg der nächsten Tagung in Cannes und für die künftigen Maßnahmen von größter Tragweite.

Paris, 22. Dezember.

In einer Londoner Meldung der Agence Havas wird bei Beendigung der letzten Besprechung zwischen Lloyd George und Briand der Presse eine Mitteilung überreicht, in der gesagt wird, daß die französische und die britische Regierung in allen Punkten sehr befriedigt sei. Auch die Wirtschaftslage Europas wurde sorgfältig geprüft und die Möglichkeit eines Wiederaufbaues besprochen. Man ist darüber vollkommen einig, daß die Mächte, die am besten fundiert sind, die Initiative für eine Wiederaufbaubewegung ergreifen müssen. Die französischen Interessen werden in ähnlichen Unterredungen in Paris besprochen werden. Im Laufe der nächsten Woche werden die Vertreter der beiden Regierungen die finanzielle Frage besprechen. Die Ergebnisse dieser Besprechungen werden bei der Konferenz in Cannes mitgeteilt werden. Die Vorschläge, die in Cannes den beiden Regierungen vorgelegt werden, umfassen auch den Vorschlag der Einberufung einer europäischen Wirtschaftskonferenz, die darauf hinzuwirken hätte, daß die europäischen Nationen ihr Wirtschaftsleben wieder herstellen könnten.

London, 22. Dezember.

Reuters erfährt von maßgebender Seite, daß die britische und die französische Regierung ein sehr befriedigendes Einvernehmen über alle Punkte erreicht hätten. Die Beratungen seien nur vorbereitend und unformell gewesen, und alles sei noch bis zur Zusammenkunft des Obersten Rates ganz vorläufiger Art. Neben der unmittelbaren Frage der Reparationen habe die Konferenz in der Downing Street die wirtschaftliche Lage Europas sowie die Möglichkeit des Wiederaufbaus eingehend erörtert. Es habe vollkommenes Einvernehmen darüber bestanden, daß die stabileren Mächte beim Wiederaufbau die Führung übernehmen. Man habe sich über eine Aktionslinie geeinigt. Vertreter der britischen Industrie und Finanz werden morgen mit Lloyd George und seinen Kollegen über die näheren Einzelheiten der Vorschläge beraten, mit denen sich die Konferenz befaßt hat. Die französische Regierung werde ähnliche Erörterungen mit Geschäftsmännern und Finanzleuten in Paris abhalten. Nächste Woche werden Vertreter beider Länder gemeinsamen Beratungen in Paris pflegen, bei denen wahrscheinlich einige Minister Englands und Frankreichs zugegen sein werden. Das britische Kabinett werde vielleicht durch mehr als einen Minister vertreten sein.

Das Ergebnis dieser Verhandlungen werde auf der bevorstehenden Konferenz von Cannes geprüft werden. Es sei wahrscheinlich, daß die Vorschläge der beiden Regierungen, die in Cannes unterbreitet werden, auch die Einberufung einer allgemeinen europäischen Wirtschaftskonferenz unter Teilnahme der Neutralen vorsehen werden, um den europäischen Nationen zu ermöglichen, beim Wiederaufbau ihres Wirtschaftslebens und allgemein bei der Wiederherstellung der Wohlfahrt ihrer Völker mitzuwirken. Die Alliierten werden entscheiden, welche Nationen auf dieser Konferenz vertreten sein sollen. Was die Reparationsfrage betreffe, so hätten keinerlei ernstliche Meinungsverschiedenheiten bestanden.

Paris, 22. Dezember.

Nach dem Londoner Korrespondenten des „Temps“ seien von englischer Seite schon jetzt die beiden Hauptgrundzüge des Vorgehens bei den demnächstigen Beratungen von Cannes wie folgt festgestellt worden:

- 1. keine Teilregelung, alles müsse in Zusammenhang behandelt werden;
- 2. Wiederherstellung des englisch-französischen Einvernehmens, keine chronischen Krisen mehr.

Nach dem Vertreter des „Temps“ wäre ein Moratorium für Deutschland unwahrscheinlich. Entgegen den Berichten anderer Blätter behauptet das Blatt, Deutschland werde aufgefordert werden, seinen Verpflichtungen am 15. Januar und 15. Februar nachzukommen, während die übrigen im Jahre 1922 fälligen Zahlungen zum Gegenstand von Beschlüssen des Obersten Rates gemacht werden müßten. Das Garantiekomitee werde mit neuen Vollmachten ausgestattet werden. Ueber die Ausdehnung dieser Vollmachten beständen jedoch Meinungsverschiedenheiten. Die Franzosen verlangten eine viel strengere Kontrolle, als England sie ins Auge fassen wolle.

### Neuere und innere Finanzprobleme

Die Londoner Besprechungen sind unerwartet schnell abgebrochen worden und sollen erst Anfang Januar auf einer Tagung des Obersten Rates in Cannes ihre Fortsetzung finden. Bevor man sich ein festes Urteil über die Bedeutung dieser Vertagung bilden wird, man genaue Nachrichten abwarten müssen. Der bisher vorliegende Wust von Telegrammen gewährt kein auch nur einigermaßen sicheres Bild. Aber es wäre auf jeden Fall falsch, aus der vorläufigen Beendigung der Diskussion zwischen den englischen und französischen Staatsmännern auf ein Scheitern der deutschen Erwartungen zu schließen. Die Dinge liegen eben so, daß die Minister nicht hoffen konnten, bis Weihnachten zu einem Abschluß zu gelangen, und daß sie deshalb ihre Konferenzen einige Tage vor dem Fest, das sie in Ruhe und Frieden feiern wollten, vertagten.

Damit sind nun natürlich die Schwierigkeiten, die einer Verständigung im Wege stehen, nicht in Abrede gestellt, aber es wäre wiederum irreführend, wollte man sie nur auf dem Gebiet der deutschen Reparationsverpflichtungen suchen. Das Programm von London war sehr umfassend. Es enthielt, wie es scheint, alle die zwischen England und Frankreich strittigen Fragen. Es sollten alle die Meinungsverschiedenheiten beseitigt werden, die im Laufe des letzten Jahres aufgetaucht sind, und man suchte gleichzeitig nach gemeinsamen Richtlinien für die zukünftige Politik. Arbeitsproblem, Wiesbadener Abkommen, Angoravertrag, Wiederaufbau Rußlands, Spielten ebenso ihre Rolle wie die Frage der deutschen Leistungsfähigkeit, die Verteilung der von Deutschland gezahlten Beträge und die Befehung der Rheinlande. Ueber alles das in wenigen Tagen zu einer Einigung zu gelangen, war schon an sich unmöglich. Es stellte sich aber auch bald heraus, daß diese Punkte nicht ohne Hinzuziehung der übrigen Ententemächte erledigt werden konnten, und auch wenn der italienische Botschafter in London die Bedenken seiner Regierung nicht ausdrücklich vorgebracht hätte, würden die beiden Verhandlungsparteien Italien und Belgien nicht vor vollendete Tatsachen gestellt haben.

Liegt also nach alledem kein Grund vor, von einem Fiasko der Regierung Wirth zu reden, so sollen auf der anderen Seite die Dinge auch nicht zu rosig gemalt werden. Positiv ist bisher nur erreicht worden, daß die deutsche Zahlungsfähigkeit von den beiden für uns wichtigsten Regierungen erörtert worden ist und daß die Gläubiger Deutschland nicht ohne weiteres die kalte Schulter gezeigt haben. Das ist ein kleiner Erfolg, aber immerhin ein Erfolg, und er war nur durch die Politik zu erreichen, die im Gegensatz zu den Nationalisten und mit Unterstützung unserer Partei in den letzten Monaten getrieben wurde. Ein Anfang ist gemacht worden, und wenn sich das jetzt auch von den amtlichen französischen Nachrichtenagenturen verbreitete Gerücht bewahrheitet, nach dem Deutschland eine Einladung nach Cannes erhalten soll, so ist der Anfang noch verheißungsvoller.

Alle anderen Nachrichten, die in diesen Tagen über den Kanal zu uns gekommen sind, nehmen wir mit der größten Vorsicht auf. Sowohl diejenigen, die von einem englisch-französischen Bündnis und einer damit im Zusammenhang stehenden Neutralisierung der Rheinprovinz sprechen, wie die anderen, die wissen wollen, daß Deutschland einstweilen zwar die festen Annuitäten zu zahlen habe, daß es dafür aber von der 26prozentigen Ausfuhrabgabe, die im Februar fällig ist, entlastet werden soll. Diese zuletzt erwähnte Behauptung wird in verschiedenen Fassungen immer wieder gebracht, aber es hat vorläufig wenig Zweck, auf sie einzugehen, und wir warten ab, ob über die Abschiedsbesprechung zwischen Lloyd George und Briand, die am Donnerstag vormittag stattfand und in der die Vorschläge der Sachverständigen über die nächsten von Deutschland zu leistenden Zahlungen geprüft werden sollten, amtliche Mitteilungen veröffentlicht werden.

Nach allem Anschein werden so die kommenden Wochen für Deutschland eine Zeit der Ungewissheit sein, aber nichts wäre verhängnisvoller, als wenn es nun mit fatalistischem Gleichmut die Hände in den Schoß legen wollte. Im besten Fall werden keine Verpflichtungen erleichtert werden, und auch dieses Zugeständnis wird an Bedingungen geknüpft sein. Es kann vor allem nicht hoffen, der Schwierigkeiten Herr zu werden, wenn es nicht die äußersten Anstrengungen macht, sein inneres Finanzwesen in Ordnung zu bringen. Ueber den Hoffnungen, die sich an die Londoner Besprechungen knüpfen, ist die Erkenntnis dieser Notwendigkeit ungebührlich in den Hintergrund getreten, obwohl von allem Anfang an die Untrennbarkeit der beiden Fragen auf der Hand liegen mußte. Es ist hohe Zeit, sich der Dringlichkeit einer wirklichen Finanzreform wieder bewußt zu werden, und die Regierung hat die Pflicht, die Führung zu übernehmen.

In den Steuerausgaben ist die erste Lesung der Steuerentwürfe vor der Weihnachtspause beendet worden, aber man gewann während der Debatten nicht den Eindruck, als hätten

### Die Krise in der KPD.

Wie wir erfahren, erschien in der vorgestrigen Sitzung der Zentrale eine Deputation von hiesigen und auswärtigen Delegierten unter Führung von Maljahn, die eine mit mehreren Unterschriften versehene Resolution vorlegte, in der der sofortige Austritt aller am Märzputsch mitgeschuldigten Mitglieder der Zentrale gefordert wurde. Es ist selbstverständlich, daß die Deputation mit leeren Händen abgepeißt wurde.

Wie wir weiter erfahren, will sich die immer stärker werdende Opposition in der K.P.D. mit diesen Erklärungen nicht zufrieden geben. Sie wird sich in den nächsten Tagen mit einer Erklärung, die u. a. von Fraß, Maljahn und Triesland unterzeichnet sein wird, an die Parteigenossen im Lande wenden, damit dem unwürdigen Skandal ein Ende gemacht wird, daß immer noch Leute an der Spitze der Partei stehen können, die längst das Vertrauen verwirkt haben.

### Jagow in Haft

Die Meldung einzelner Berliner Blätter, daß Jagow unmittelbar nach der Urteilsverkündung auf Veranlassung des Oberreichsanwalts in Haft genommen wurde, wird nunmehr von zuständiger Stelle bestätigt. Ein von Jagow gestellter Antrag auf Strafausschub wurde nicht bewilligt. Er soll unverzüglich einer preussischen Festung zur Strafverbüßung zugeführt werden.

Diese Maßnahme des Oberreichsanwalts ist wohl begründet, da sowohl das Verhalten Jagows vor dem Prozeß als in der Verhandlung selbst den Fluchtverdacht rechtfertigte.

Keine Strafausschubung vor Ostwig v. Hirschfeld. Der Vater des vom Schwurgericht in Berlin am 21. Februar v. J. wegen des Attentates auf den Reichsminister Erzberger zu 1 Jahr sechs Monaten Gefängnis verurteilten Führers a. D. Ostwig v. Hirschfeld hatte im November d. J. die Aussetzung der noch nicht verhängten Rechtsstrafe seines Sohnes beantragt. Diesen Antrag hat die Strafkammer des Landgerichts I durch Beschluß abgelehnt.

### Neue Erhöhung der Lebensmittelpreise

So ungeheuerlich die Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse, wie Kartoffeln, Milch, Butter, im Preise gestiegen sind, so ist aller Voraussicht nach demnächst mit einer weiteren Preis-erhöhung zu rechnen. Die „Deutsche Tageszeitung“ hat die erforderliche Ankündigung bereits gemacht, und den Vorwand liefert ihr und den Agrariern der Reichsunterernährungsminister Hermes.

Hermes war den Agrariern beigegeben, als sie die Befreiung der letzten Reste der Zwangswirtschaft verlangten, und hatte sich mit seinem ganzen agrarischen Herzen für die Wucherfreiheit eingesetzt. Und jetzt hat er den Düngemittelfabrikanten den gleichen Liebesdienst erwiesen und eine neue Preisordnung für künstliche Düngemittel festgesetzt, die für Stickstoff einen 15- bis 20fachen Preis gegenüber der Vorkriegszeit, für Thomasmehl einen 25- bis 30fachen und für Superphosphat einen 40- bis 50fachen Preis vorsieht. Die Düngemittelfabrikanten hatten dem Minister Hermes vorgeschlagen, daß es doch nicht angängig sei, ihnen die Preise zu beschneiden, wenn den Beziehern von Düngemitteln, nämlich den Landwirten, das Fordern jedes beliebigen Preises gestattet werde. Und mit diesen „Beweisgründen“, die leider den Tatsachen entsprechen, hatten sie den sogenannten Ernährungsminister davor in die Enge getrieben, daß er die bisherige Methode der amtlichen Preisfestsetzung für künstliche Düngemittel (Gestehungskostenpreis plus einem Gewinnzuschlag von 5 bis 10 Prozent) aufgab und ganz enorm gesteigerte neue Preise festsetzte.

Wenn nun auch die neuen Preissteigerungen für künstliche Düngemittel immer noch hinter den Preissteigerungen für landwirtschaftliche Produkte zurückbleiben und daraus neue Preis-erhöhungen für Kartoffeln, Getreide usw. nicht abgeleitet werden können, so sind die agrarische Presse und die landwirtschaftlichen Organisationen doch mit allem Eifer dabei, für neue erhöhte Preise für Agrarprodukte Stimmung zu machen. Und da seitens dieser Regierung und seitens des Ernährungsministers Hermes ein Bügeln des landwirtschaftlichen Preiswuchers nicht zu erwarten ist, werden wir in sehr kurzer Zeit von neuen Preis-erhöhungen auf dem Lebensmittelmärkte hören.

## Entwurf eines Kommunalprogramms

Das Zentralkomitee hatte eine Reihe kommunalpolitisch erfahrener Genossen aus dem Reich zur Besprechung des Entwurfs eines Kommunalprogramms nach Berlin eingeladen.

Auf Vorschlag des Zentralkomitees hat sich nunmehr die Kommission dahin geeinigt, dem Parteitag ein in Stichworten zusammengefaßtes Kommunalprogramm vorzulegen. Die verschiedenen vorliegenden, sehr ausführlichen Entwürfe sollen als wertvolles Material für ein in Bälde zu erscheinendes Kommunalhandbuch Verwendung finden.

Angehend von diesen Gesichtspunkten hat Genosse Dr. Herz Spanbau, als Extrait der Kommissionsberatungen nachstehenden Entwurf ausgearbeitet. Er soll als Grundlage für die Diskussion unter den Parteigenossen dienen.

Die Revolution hat die polizeistaatliche Organisation der inneren Verwaltung unverändert gelassen. Die nachrevolutionäre Entwicklung hat den polizeilichen Einfluß noch verstärkt und die Gemeinden zu ausführenden Organen der staatlichen Zentralgewalt und der sie beherrschenden Bürokratie herabgedrückt. Die Ablösung des Obrigkeitsstaates durch den demokratischen Volksstaat innerhalb der durch die kapitalistische Wirtschaftsverfassung gezogenen Grenzen kann nur erfolgen, wenn in weitemerem Umfang Verwaltungsfunktionen, die heute von staatlichen Instanzen ausgeübt werden, auf die Organe der Selbstverwaltung übergehen und die sich selbst verwaltende freie Gemeinde die Grundlage des freien Staates wird.

Hand in Hand mit der Begründung wahrer Selbstverwaltung ist die Gemeinde in den Stand zu setzen, die Wirtschaft ihres Ortes im Sinne der Gemeinwirtschaft umzugestalten und die dem Kapitalismus innewohnende Tendenz zur Verelendung des Volkes im Wege einer umfassenden Fürsorge zu bekämpfen.

Ausgehend von diesen Gesichtspunkten stellt die Unabhängige Sozialdemokratische Partei das nachstehende Kommunalprogramm auf:

### A. Grundlagen einer Gemeindeorganisation.

Erlaß einer Reichsgemeindeordnung. Einheitsverfassung für Stadt- und Landgemeinden. Schaffung von Großgemeinden nach wirtschaftlichen Zusammenhängen, entweder im Wege der Eingemeindung oder durch Zusammenfassung kleiner Ortsgemeinden zu Flächenkommunen. Verminderung der Zwischeninstanzen zwischen Gemeinde und Reich mit dem Ziel des Aufbaues der Verwaltung auf örtlichen und provinziellen Selbstverwaltungskörpern. Übertragung der örtlichen Gesetzgebung und Verwaltung einschließlich der Ortspolizei an die Gemeinde. Beseitigung der Staatsaufsicht. Klagerrecht jedes Gemeindeangehörigen gegen geschwundene Gemeindebeschlüsse. Abschaffung des Bestätigungsrechts. Reichsgemeindeangelegenheiten im Anschluß an die Ordnung der Reichsfinanzen. Beteiligung der Gemeinden an der Erfassung der Sachwerte, insbesondere des Grundvermögens und des Gewerbes.

### B. Verfassung der Gemeinde.

Einmattersystem. Die Gemeindevertretung beschließt die Ortsgesetzgebung und ist leitende Verwaltungsinstanz. Beseitigung der das Wahrecht einschränkenden Aufenthaltbestimmungen. Straflosigkeit der Äußerungen der Gemeindevertreter in Ausübung des Amtes. Aufwandsentschädigung für Gemeindevertreter.

Der kollegial organisierte Gemeindevorstand (Magistrat, Rat) führt die Verwaltung kraft Auftrags der Gemeindevertretung. Wahl des Bürgermeisters durch das Volk. Wahl der übrigen Vorstandsmitglieder, der leitenden Hauptbeamten sowie der anderen Beamten in dem durch Ortsgesetz zu bestimmenden Umfang durch die Gemeindevertretung, der Vorstandsmitglieder nach den Grundsätzen der Verhältniswahl. Verbot lebenslänglicher Anstellung. Vereinheitlichung der Angestelltenverhältnisse für alle Gemeindebediensteten mit Ruhegehaltsberechtigung und Fürsorge für Witwen und Waisen.

Aufstellung einheitlicher Grundsätze für die Gliederung der Verwaltung und des Haushaltsplanes. Trennung der öffentlichen Verwaltung von den nach wirtschaftlichen Grundsätzen zu führenden Betriebsverwaltungen. Organisation der öffentlichen Verwaltung nach Ämtern mit Gemeindeausschüssen an der Spitze. Übertragung politischer Befugnisse an die Ämter. Ermächtigung der Gemeinde, ihre Betriebe außerhalb des Gemeinde-, Etat- und Beamtenrechts zu stellen. Schaffung einer neuen Rechtsform für Gemeindebetriebe (Gemeinwirtschaftliche Unternehmung).

Jederzeitige Auflösung der Gemeindevertretung durch Volksentscheid. Volksbegehren und Volksentscheid über ortsgesetzlich zu bestimmende Gemeindeangelegenheiten.

### C. Aufgabenskreis der Gemeinde.

1. Gemeindefinanzwesen. Reichskommunalsteuergesetz, das die Gemeinden und Zweckverbände von Nachbargemeinden zur Kommunalisierung ermächtigt. Die Kommunalisierung erfolgt durch Begründung des Rechts auf ausschließlichen Betrieb eines Gewerbes (Gemeindeprivileg) oder durch Enteignung von Einzelunternehmungen (Enteignungsrecht). Sie betrifft die Regelung der örtlichen Bedarfsvorsorge (Gas, Wasser, Elektrizität, Lebensmittel- und Brennstoffversorgung, örtliche Verkehrsmittel, Anschlag- und Infrarotenwesen, Baustoffe und Kunststoffindustrie) oder die Förderung der Volkswohlfahrt (Badewesen, Arzneimittelversorgung, Reinigungswesen, Bestattungswesen) oder die Pflege des Bildungswesens (Lichtspiele und Theater).

Organisatorischer Zusammenschluß der Gemeinden mit den Genossenschaften der Erzeuger und Verbraucher, insbesondere in der Lebensmittelversorgung. Errichtung von Wirtschaftsräten durch die Gemeinde.

2. Sozialpolitik. Die örtliche Volkshilfe, Jugend- und Gesundheitspflege und die Förderung des Bildungswesens und der Lebensbedingungen ist Gemeindeangelegenheit. Ausbau im Geiste sozialer Fürsorge unter Beteiligung der polizeistaatlichen Gesetzgebung, insbesondere im Armenwesen, in der Fürsorgeerziehung und der Sittenpolizei. Organisation der öffentlichen Fürsorge auf Grundlage eines Reichswohlfahrtsgesetzes in Ämtern wie, Wohlfahrtsamt, Jugendamt, Gesundheitsamt, Arbeitsamt, Volksbildungsamt. Zuteilung bestimmter Aufgaben an jedes Amt mit der Maßgabe, daß diese Aufgaben nur die gesetzliche Mindestleistung darstellen und der freien Betätigung und Reizschöpfung Schranken nicht gesetzt sind.

Vereinigung des Vormundschaftsgerichts mit dem Jugendamt. Angliederung der Arbeitsgerichte und der Arbeitslosenversicherung an das Arbeitsamt. Übertragung der Gefährlichkeitsbekämpfung auf das Gesundheitsamt. Verpflichtung der Gemeinden zur Errichtung von Volkshochschulen, Volksbildungsbibliotheken, Spiel- und Sportplätzen. Schulgesundheitspflege und Schulpeinung als gesetzliche Pflicht der Gemeinde.

3. Boden- und Wohnungsrecht. Reichsenteignungsgesetz, das die Gemeinden zur Übernahme und zur Umlegung des im Ortsbezirk belegenen Grundvermögens ermächtigt. Städtebaugesetz, das die Gemeinde zur Trägerin des Städtebaues macht. (Siedlungswesen, Bebauungsplan, Bauordnung). Wohnungsbau durch die Gemeinde. Kommunalisierung der Grundbuchämter. Ermächtigung der Gemeinde zur Zusammenfassung der Hausbewohner zu Wohnungsgenossenschaften, die unter Gemeindeaufsicht die Häuser bewirtschaften. Anerkennung des Rechts auf Wohnung. Umgestaltung der Einigungsämter zu Wohnungsgerichten mit dem Ziel der Ersetzung des privatwirtschaftlichen Boden- und Wohnungsrechtes durch die Gemeinwirtschaftliche Boden- und Wohnungsverwaltung der Gemeinde.

immer wieder zur Selbstbestimmung und kritischen Einstellung gegenüber dem Bolschewismus und seiner deutschen Kopie. Aus dem offiziellen Bericht über den Gründungsparteitag der Kommunistischen Partei Deutschlands (Spartakus-Bund), abgehalten vom 30. Dezember 1918 bis 1. Januar 1919, ist das unzweifelhaft ersichtlich. Rosa Luxemburg trat damals vergeblich für die Beteiligung der Kommunisten Deutschlands an den Wahlen zur Nationalversammlung ein. Dabei führte Rosa Luxemburg gegen die Gegner der Wahlbeteiligung u. a. aus:

„Genossen, ihr macht euch euren Bolschewismus etwas sehr bequem. Wir müssen bei allem stürmischen Drängen nicht den erforderlichen Ernst und die ruhige Ueberlegung vermissen lassen. ... Was ich bisher sehe, ist die Unreife der Massen, die zum Sturz der Nationalversammlung berufen sind. ... Ich fürchte mich nicht davor, die Massen dafür zu erziehen, daß sie die Motive unserer Wahlbeteiligung richtig würdigen. Ihre Tatkraft ist zwar die einfachere und bequemere, unsere Taktik rechnet aber einen längeren Weg.“

Bemerkenswert ist, daß Rosa Luxemburg nach dem offiziellen Bericht „von lebhaftem Beifall begrüßt“ auftrat und daß sie unter „wachem Beifall“ abtrat. Damit wurde die geistige Entzweiung zwischen Rosa Luxemburg und den bolschewistischen Kommunisten, die sich auch darin äußerte, daß sie auf dem Kongreß überstimmt wurde, noch deutlicher hervorgehoben. Ich selbst konnte mich jederzeit aus einem der letzten Briefe Rosa Luxemburgs davon überzeugen, daß sich ihre Auffassungen über die Unreife, den Irrtum, die Verwirrung und die Verirrung, noch sehr der Erziehung bedürftige bolschewistische Bewegung in Deutschland in wichtigsten Fragen mit dem Inhalt der Luxemburg-Broschüre von 1918 deckte. Dieser Brief dürfte Clara Zetkin nicht ganz unbekannt sein.

## Schulstreik in Lorch

Der Fall der Veretzung eines evangelischen Lehrers nach dem überwiegend katholischen Lorch am Rhein ist in letzter Zeit mehrfach Gegenstand heftiger Kritik in einzelnen Zeitungen gewesen und hat nun gar zum Schulstreik geführt. Der amtliche preussische Pressedienst schreibt hierzu:

Nach dem sogenannten Paritäts-Generale vom 8. Dezember 1857 zum Nassauischen Schuldekret vom 24. März 1817 sollen in Orten mit vier oder mehr Schulklassen zwanzig selbständige Einwohner, die am Orte bereits fünf Jahre ihren Wohnsitz haben, einen Lehrer ihrer Konfession erhalten. Ein solcher Fall liegt in Lorch vor. Da mehr als dreißig evangelische Einwohner der bezeichneten Ort seit dem Jahre 1914 vorhanden sind, ist die fidele Stelle mit einem evangelischen Lehrer besetzt worden. Hiergegen hat sich die katholische Bevölkerung gewandt, und es ist leider seit dem 15. Dezember ein Schulstreik ausgebrochen. Die von dem Magistrat in Lorch l. Z. erhobene Beschwerde wegen behaupteter Entziehung eines evangelischen Lehrers ist bereits Anfang d. J. vom Minister Haenisch dem Nassauischen Schulrecht entsprechend abgewiesen worden, nachdem festgestellt war, daß die Bestimmungen beider Konfessionen gegenüber, wenn sie sich darauf berufen, immer gleichmäßig angewendet worden sind. Minister Voelck hat bei einer neu eingelegten Beschwerde sich nicht entschließen können, in derselben Angelegenheit den Entscheid des Ministers Haenisch aufzuheben und die Beschwerde vorläufig abzugeben. Nach vor Eintritt des Schulstreiks ist aber bereits von ihm beschlossen worden, durch Verhandlungen von Ministerialkommissaren eine Verständigung der beteiligten kirchlichen Behörden herbeizuführen, wie dies auch schon in der Erklärung des Kommissars des Ministers in den letzten Plenarberatungen des Landtages zum Ausdruck gekommen ist.

Obwohl der Streik jetzt bedauerlicherweise zum Ausbruch gekommen ist, soll an der Absicht der Verhandlung weiter festgehalten werden. Es wird hoffentlich zu einer beide Konfessionen befriedigenden Lösung kommen.

Diese Vorgänge beleuchten grell unsere Schulzustände, denn sie beweisen die völlige Abhängigkeit der Schule vom Willen der Kirche, besonders dort, wo, wie am Rhein, die Kirche eine Macht ist. Sie zeigen ferner, wie schmächtig die Revolution gerade auf dem Schulgebiete versagt hat, wenn sich der Minister bei seinen Maßnahmen auf Gesetze von 1858 und 1817 berufen muß. Der weitere Verlauf der Dinge erscheint uns aber garnicht zweifelhaft. Herr Voelck wird sich noch ein wenig vor dem Rückzug sträuben und sich auf das Recht berufen, das zweifellos auf seiner Seite ist. Dann aber wird er vor der überlegenen Macht der katholischen Kirche weichen. Das Zentrum aber wird gar nicht daran denken, die Pfaffen am Rhein zurückzupfeifen, um dem Koalitionsminister das Leben zu erleichtern. Die „Koalitionspolitik“, die Herr Voelck angefündigt hat, würde zwar niemals eine Beachtung von Sonderwünschen sozialistischer Familien dulden, aber gegen die einseitig angewandte und in Kulturfragen gar nicht koalitionsmäßig eingestellte Macht des Zentrums und des Katholizismus wird sie sich nicht halten können.

## Verleumde kühn!

Im Februar d. J. veröffentlichte der Chefredakteur des „Hannoverschen Couriers“, Dr. Hartmann, einen Artikel, in dem er die Polenpolitik G. v. Gerlachs angriff und nach dem Rezept „verleumde kühn“, etwas bleibt immer hängen“, behauptete, daß Herr v. Gerlach sich als Staatskommissar im November 1918 von den Polen habe bewirten lassen. Im betrunkenen Zustande habe der damalige Staatskommissar, Herr v. Gerlach, mit den Polen verhandelt.

Herr v. Gerlach strengte wegen diesen verleumderischen Behauptungen eine Privatklage an und für Dienstag war eine Verhandlung vor den Säulen des Amtsgerichts Schöneberg angesetzt. Der Herr Chefredakteur war aber nicht erschienen. Der nicht erschienene Schriftleiter des „Hannoverschen Couriers“ konnte auch keine Zeugen namhaft machen, die Herrn v. Gerlach betrunken gesehen haben. Der Verleumder des Beklagten teilte mit, daß kein Mandat zu einem Vergleich bereit sei, wenn dadurch kein Makel auf ihn falle. Damit waren Herr v. Gerlach und sein Verteidiger nicht einverstanden, sie forderten eine eingehende Vergleichserklärung oder Verhandlung.

Zur Verhandlung beantragte der Beteiligte die Ladung eines Zeugen, den an dem fraglichen Tage mit Herrn v. Gerlach nach Bosen gefahren und ständig mit ihm dort zusammen gewesen ist. Die Vernehmung dieses Zeugen soll das Gegenstück der Behauptungen des Herrn Dr. Hartmann beweisen.

Nach kurzer Beratung beschloß das Gericht die Ansetzung einer neuen Verhandlung unter Zeugenladung.

## Kleine Nachrichten

Anklage gegen Wiener Kommunisten. Wie die Wiener „Rote Fahne“ mitteilt, hat die Staatsanwaltschaft den Vorsitzenden der kommunistischen Partei in Oesterreich, Tomann, sowie das Blatt selbst wegen Aufrufung zum Klassenhaß unter Anklage gestellt. Gegen den Kommunistenführer Frey schwebt eine Unterjuchung, weil er unter dem Verdacht steht, Pländerungen im Militärkasino vorbereitet zu haben.

Eine Amnestie in Braunschweig? Anlässlich der bevorstehenden Vollerhebung des Verfassungswertes beabsichtigt die Regierung den Erlaß einer Amnestie. Vorlage ist heute dem Landtag zugegangen.

die Regierung und die bürgerlichen Parteien ein volles Verständnis für den Ernst der Situation. Die Angelegenheit wurde betrieben, als handle es sich eben nur darum, so oder so eine Handvoll Milliarden neuer Abgaben durchzusetzen. Der zu erreichende Endzweck wurde ebenso außer acht gelassen, wie man nichts von dem ehelichen Willen merkte, diejenigen Schichten heranzuziehen, deren Politik wir in erster Linie die gegenwärtige Misere verdanken, und die es außerdem bisher trefflich verstanden haben, sich den ihnen zugemessenen Leistungen zu entziehen. Die Regierung strebt einen Ausgleich zwischen direkten und indirekten Steuern an, und sie glaubt ihn zu erreichen, indem sie höchst schematisch dem Vermögen und dem Verbrauch ziffermäßig annähernd gleiche Lasten auferlegt. Selbst auf dem Papier besteht nach der ersten Lesung dieses Gleichgewicht nicht mehr, und dazu kommt, daß nach den bitteren Erfahrungen, die wir gemacht haben, die Steuererhebung in ihrer bisherigen Form nicht imstande ist, die Besitzenden wirklich zum Zahlen zu zwingen. Ein Kompromiß, wie es sich die Regierung denkt, würde darauf hinauslaufen, wieder das Proletariat im weitesten Sinne des Wortes zum Hauptleidtragenden zu machen.

Das Kabinett Birck muß sich darüber klar sein, daß die Arbeiterschaft für diese nicht nur ganz unzulänglichen, sondern auch zu ihrem eigenen Schaden ausschlagenden Verjude zur Herstellung des Gleichgewichts im Staatshaushalt nicht zu haben sein wird, und es wird hoffentlich erkennen, daß damit dann auch die Aussichten auf eine Besserung der internationalen Finanz- und Wirtschaftsverhältnisse aufs höchste gefährdet sind. Es bleibt ihr nichts anderes, als sich mit den bekannten Forderungen zu befremden, die unsere Partei sowohl wie der Gewerkschaftsbund aufgestellt haben. Die Tage der Ungewißheit über den Umfang und die Zahlungsmodalitäten unserer Reparationsverpflichtungen müssen uns und der Welt Gewißheit über den Aufbau des innerdeutschen Finanzwesens bringen.

## Die oberschlesischen Verhandlungen

Die Führer der deutschen Deputation, Reichsminister a. D. Schiffer und Staatssekretär a. D. Lewald, bemühten ihren Wechnachtsurlaub, um Vertretern der Presse in Berlin Mitteilungen über den Stand der oberschlesischen Verhandlungen zu machen.

Schiffer äußerte sich befriedigend über die Arbeiten der Kommissionen, die glatt vorstatten gingen und vermutlich einen energiegelanten günstigen Abschluß finden würden. Besondere Schwierigkeiten mache die Währungsfrage, da die Polen ein Interesse daran hätten, möglichst viel Mark nach Warschau abfließen zu lassen, um ihre schlechte Baluta zu heben. Für Deutschland folge aus der Genfer Entscheidung, daß es die Beschaffung deutscher Mark nicht verhindern dürfe. Aber es sei auch nicht verpflichtet, sie zu fördern. Es bestünde also nicht die Notwendigkeit, die Reichsbank in Oberschlesien zu belassen, da die Polen ja auch auf andere Weise sich deutsche Zahlungsmittel besorgen könnten. Die deutsche Delegation habe sich geweigert, über dieses Problem überhaupt zu verhandeln, da es in der Genfer Entscheidung nicht berührt würde und also eine neue Frage sei, die lediglich zwischen den beteiligten beiden Staaten liege.

Eine weitere Schwierigkeit werde durch die Behandlung der Gewerkschaften hervorgerufen. Die Polen wollten den Vertrag nur auf diejenigen Gewerkschaften anwenden, die in Schlesien ohne Zusammenhang mit größeren Verbänden beständen, ein Standpunkt, dem die Deutschen widersprächen. Auch die Liquidation des deutschen Eigentums nach 15 Jahren sei noch nicht völlig geklärt. Die Polen läßen ein, daß diese zeitliche Eigentumsbeschränkung Raubbau bedeuten müsse, und sie seien zu Zugeständnissen bereit, die allerdings durch den schlechten Stand ihrer Baluta begrenzt seien, da sie nur wenig Geld für Entschädigungen auslegen könnten. Für die deutschen Minoritäten verlange die Delegation im Gegenzug zu der polnischen Auffassung, daß das gleiche Wahlrecht nicht an die Kenntnis der polnischen Sprache und Schrift geknüpft sei.

Im Verlauf seiner Ausführungen erklärte Schiffer, daß jortan mehr als bisher Vertreter der Gewerkschaften an den Kommissionen teilnehmen sollten. Ein Mitglied der freien und ein Mitglied der kirchlichen Gewerkschaften seien zu ordentlichen Mitgliedern zweier Kommissionen ernannt, zu den übrigen würde man Gewerkschafter als Sachverständige zuziehen. (Dieses Zugeständnis kommt reichlich spät und ist erst zurückzuführen auf den Einspruch des A. D. G. B., der darauf hinwies, daß bei den die Gewerkschaften berührenden Verhandlungspunkten von deutscher Seite Assessoren und Geheimräte, dagegen von polnischer Seite praktische Gewerkschafter tätig waren. Was sogar in Polen selbstverständlich ist, muß bei uns erst auf dem Wege der öffentlichen Kritik erkämpft werden. Die Red.)

Staatssekretär a. D. Lewald führte aus, daß die Oberkämmerer sich große Sorgen um eine kommende Lebensmittelnot machten, die durch die Abschüttung von Deutschland hervorgerufen würde. Eine halbe Stunde von Kattowitz seien die Lebensmittel schon jetzt 50 bis 60 Prozent teurer und die Polen mühten sich einhalb Milliarden Mark jährlich aufzuwenden, um die deutsche Preise zu halten.

Beide Herren erklärten übereinstimmend, daß der Nationalismus auf beiden Seiten im Wachsen und terroristische Akte an der Tagesordnung seien. Die endgültige Übergabe der Souveränität würde wahrscheinlich im März stattfinden, falls bis dahin die Grenzfestsetzungskommission, die unter dem Vorsitz des Generals Dupont bisher befriedigend arbeite, fertig sein werde.

## Keine Geschichtsfälschung!

Genosse Crispian schreibt uns: Zu der von der „Freiheit“ bereits kritisch gewürdigten Erklärung von A. Warski und Clara Zetkin, betreffend die Stellung Rosa Luxemburgs zum Bolschewismus, bemerke ich noch folgendes:

a. Warski und Clara Zetkin „stellen fest“ — für wen? Für Rosa Luxemburg? Rosa Luxemburg ist leider tot. Andere können für sie oder gar in ihrem Namen keinerlei Feststellungen machen. Was A. Warski und Clara Zetkin „feststellen“, sind im besten Sinn nichts als Vermutungen und Annahmen, die nicht das mindeste von dem aus der Welt schaffen, was die Nachwelt von der Genossin Rosa Luxemburg schwarz auf weiß besitzt. Darum ist es ohne jede Beweisraft, wenn A. Warski und Clara Zetkin erklären:

„Wir stellen weiter fest, daß der Inhalt der Broschüre in wichtigsten Fragen nicht der Auffassung entspricht, die Rosa Luxemburg nach ihrer Befreiung aus der Schutzhaft und bis zu ihrer Ermordung in der Öffentlichkeit vertreten hat.“

Wenn sich Rosa Luxemburg nach ihrer Befreiung aus der Schutzhaft auch vom Strom der Ereignisse in ihrer praktischen Betätigung oft ein gut Stück fortziehen ließ, so kam sie doch

# Wie kommen wir zu internationalen Aktionen?

Von Georg Ledebour.

Bei den Klassenbewußten Proletariern bricht überall die Erkenntnis durch, daß erst der Zusammenschluß zu einem tatbereiten internationalen Organisationsbund der proletarischen Emanzipationsbewegung den Sieg verbürgt, und daß als Vorbedingung dazu auch der Zusammenschluß in den Einzelländern erfolgen muß. Daher der Ruf nach Einigung, der überall wachsenden Widerhall erweckt. Aber in ihrem Denken und Tun weichen bisher noch die bestehenden sozialistischen und kommunistischen Parteien zu sehr von einander ab, als daß in nächster Zeit eine programmatische und organisatorische Einigung möglich sein könnte. Möglich aber ist heute schon gemeinsames Handeln zu bestimmten Zwecken. Wir haben es mit Erfolg erprobt in Deutschland seit den Tagen des Kapp-Putsch. Auch international sind die Vorbedingungen dafür herangereift. Wie wir unabhängigen Sozialdemokraten in Deutschland, so sucht auch die Internationale Arbeitergemeinschaft sozialistischer Parteien von diesen Gedankengängen geleitet, ein internationales Zusammenwirken zu erzielen.

Den letzten Anstoß zu einem solchen Versuch gab der Parteikonferenz der französischen Sozialisten in Paris am 31. Oktober. Ein Vorschlag, einen allumfassenden internationalen Sozialistenkongress aller Richtungen zusammenzuberaufen, wurde dann durch den Vorstand der französischen sozialistischen Partei dahin ergänzt, daß vorher eine enger begrenzte Konferenz der an der Reparationsfrage direkt interessierten Parteien veranstaltet werden solle.

Zur Erörterung dieser Vorschläge war am 17. und 18. Dezember das Bureau der I. A. S. P. in Frankfurt zusammengetreten. Wir hatten uns sehr bald dahin verständigt, zunächst Schritte zur Durchführung der Reparationskonferenz zu tun. Zu dem Zweck wurde die Einladung aller sozialistischen und kommunistischen Parteien in England, Frankreich, Italien, Belgien, Deutschland, Deutschösterreich, Tschechoslowakei, Holland und der Schweiz in Aussicht genommen.

Wie üblich, entlockte die Verkündung dieses Beschlusses zunächst in der kommunistischen „Rote Fahne“ und dem rechtssozialistischen „Vorwärts“ einige höhnische Bemerkungen. Ich würde es für lächelnd angebracht halten, hierauf in gleicher Weise zu antworten, denn es kommt uns darauf an, das geplante internationale Zusammenwirken zu erreichen, nicht, es zu erschweren. Haben doch auch immerhin die genannten Zeitungen ihre Bereitwilligkeit zur Teilnahme an der geplanten Konferenz zu erkennen gegeben. Die „Rote Fahne“, die zunächst sich so ausgedrückt hatte, daß ihre Parteimitglieder eine Ablehnung der Einladung durch die kommunistische Partei Deutschlands vermuten ließen, hat am 21. Dezember die Berechtigung zu einer solchen Schlussfolgerung bestritten. Das Gegenteil sei der Fall. Das ist recht erfreulich. Hoffen wir also, daß diese vernünftige Erwägung in der R. P. D. die Oberhand erhält. Sind die Kommunisten ernstlich zu gemeinsamen internationalen Aktionen mit uns bereit, dann dürfen sie natürlich auch den geplanten Konferenzen nicht irgendwelche Konferenzen entgegenstellen.

Der „Vorwärts“ seinerseits stimmt zwar den Grundgedanken unseres Vorschlages zu, kommt aber doch zu einer Behauptung, die der tatsächlichen Sachlage widerspricht. Das rechtssozialistische Blatt behauptet es, daß in unserem Beschluß nicht die Brüsseler Resolution der sogenannten Zweiten Internationale erwähnt sei, der doch die Priorität des allgemeinen Konferenzgedankens gebühre. Diese Auffassung beruht auf einem merkwürdigen chronologischen Irrtum. Der Brüsseler Beschluß folgte zeitlich ungefähr eine Woche nach dem Pariser Beschluß. Ich lasse es dahin gestellt, ob das Brüsseler Bureau erst durch die Pariser Kundgebung aufgerüttelt wurde. Jedenfalls lag für uns nicht der geringste Anlaß vor, auf dieses Brüsseler Zwischenspiel Bezug zu nehmen.

Dann bemängelt es der „Vorwärts“, daß für die Einladungen nur die Parteien der obengenannten Länder in Aussicht genommen seien. Die skandinavischen Länder seien doch ebenso zur Teilnahme berechtigt, wie Holland oder die Schweiz. Nun, das ist eine reine Zweckmäßigkeitsfrage, die von uns in Frankfurt sehr gründlich geprüft wurde. Ausschlaggebend für uns waren folgende Erwägungen: Praktisch glauben wir mehr erreichen zu können, wenn wir zunächst einmal zu einem ganz bestimmten abgegrenzten Zweck die Parteien der maßgebendsten Länder zusammenberufen. Die Reparationsfrage brennt. Sie war das gegebene Objekt. Abgesehen von den Vertragsmächten von Versailles wurden nur die zwischengelagerten Nachbarstaaten mit auf die Liste gesetzt. Hätten wir die Skandinavier auch zugezogen, ja, weshalb dann nicht die Balkanstaaten und den ganzen Osten einerseits, Amerika, Spanien, Portugal andererseits?

Jegendwo war die Grenze zu ziehen, wenn es nicht ein allgemeiner Kongress werden sollte. Die Einschränkung darf keines der nicht beteiligten Länder als Nichtachtung betrachtet werden.

Und noch eins! Die geschichtliche Entwicklung hat uns von anderen Richtungen in Deutschland wie in den übrigen Ländern getrennt. Der Tageskampf wird uns fortgesetzt nötigen, zunächst auf weitere noch Differenzen mit ihnen auszusuchen. Wenn wir uns aber zu gemeinsamen Beratungen über ein gemeinsames Handeln zusammenfinden, dann sollen Reklamationen über Dinge der Vergangenheit unterbleiben. So haben wir es gehalten in unseren Besprechungen mit den Rechtssozialisten wie mit den Kommunisten in der Stellungnahme zu Fragen der deutschen Politik, so wollen wir es halten auf der internationalen Reparationskonferenz in Paris.

Für einen allgemeinen Kongress ist der Augenblick noch nicht gekommen. Wir hoffen aber, einen Zusammenschluß zu beschleunigen durch die vorhergehende Reparationskonferenz.

Es ist erst einmal ein internationales Zusammenwirken aller proletarischen Parteirichtungen auf einem noch so beschränkten Gebiete ermöglicht, dann ist die Bahn offen für allgemeine internationale Aktionen überhaupt.

Es handelt sich jetzt nur darum, gemeinsame Beschlüsse zu fassen, um gemeinsame Ziele im Kampfe gegen die gemeinsamen Gegner zu verwirklichen.

Also frisch ans Werk! Auch für das internationale Zusammenwirken gilt das Wort: Im Anfang war die Tat!

**Generaloberst von Bessler** ist am Dienstagabend im 72. Lebensjahr gestorben. Bessler ist im Weltkrieg bekannt geworden als Eroberer Antwerpens und dann hauptsächlich als Gouverneur von Warschau. In dieser Eigenschaft hat er die Auswanderung von Polen, sowie die Deportation polnisch-jüdischer Arbeitskräfte nach Deutschland veranlaßt. Er hat viele Dinge allerdings mehr nach Deutschland veranlaßt. Er hat viele Dinge allerdings mehr nach Deutschland veranlaßt. Er hat viele Dinge allerdings mehr nach Deutschland veranlaßt. Er hat viele Dinge allerdings mehr nach Deutschland veranlaßt.

**Beseitigung des Koalitionsrechtes in Japan.** Durch eine von der japanischen Regierung erlassene neue Verordnung wurde das bisherige Recht auf Freiheit des Wortes und der Versammlungen annulliert.

# Drohender Eisenbahnerstreik

## Erste Warnungen

Dem Vorstand des Deutschen Eisenbahnerverbandes wird uns geschrieben:

Aus allen Teilen des Reiches treffen in unserem Bureau Telegramme und Deputationen ein, die auf den Ernst der Lage aufmerksam machen. So lautet ein Schreiben aus Eisenfeld eingetroffenes Telegramm:

„Situation im Bezirk Eisenfeld durch Ablehnung der Forderungen außerordentlich gespannt. Streik wird unvermeidlich sein, lehren Verantwortung ab, werden aber geschlossen als Angeklickte versuchen, Situation zu beherrschen. Bitte telegraphische Antwort. Für die Bezirksleitung: Clever, sämtliche Ortsbeamte.“

Der Verbandsvorstand hat das Reichsfinanzministerium sowie auch das Reichsverkehrsministerium auf die drohende Gefahr und die katastrophalen Folgen eines Eisenbahnerstreiks aufmerksam gemacht. Er hat weiter berichtet, daß er nicht länger in der Lage ist, das Verhängnis aufzuhalten, wenn die für einen Teil des Personals bereits genehmigte Vorschlagszahlung nicht auf die übrigen Beschäftigten ausgedehnt wird. Es liegt jetzt an den zuständigen Ministern, den Weg zur Verkündigung zu beschreiten, ehe es zu spät ist.

Erst gestern haben wir auf die Erregung unter den Postbeamten Berlins und auf die Folgen hingewiesen, die eine Verbehaftung des störrischen Verhaltens der Regierung hervorrufen muß. Schneller als wir glaubten, wird die in Berlin vernommene Warnung verstärkt durch diesen kurzen, aber viel sagenden Situationsbericht aus dem Reich der Eisenbahn. Dabei handelt es sich um eine Angelegenheit von sehr untergeordneter Bedeutung. Ohne weitere Belastung des Haushalts könnte die Regierung diesem Wunsch

Rechnung tragen. Es wäre unverantwortlich, wenn die Regierung es darum zum Streik kommen lassen wollte, und wir wissen nicht, wie die Herren Hermes und Groener die Verantwortung dafür tragen wollen. Es ist ihre Pflicht, sofort in Verhandlungen mit den Gewerkschaften einzutreten und den ernstesten Willen zu einer gütlichen Erledigung der strittigen Fragen zu zeigen.

Im Reichsfinanzministerium fand am Donnerstag eine weitere Aussprache mit den Führern der Spitzenorganisationen statt. Die Forderungen der Organisationen vom 3. Dezember sollen nach Lage der Verhältnisse modifiziert werden. Die Beratungen werden voraussichtlich in der ersten Hälfte des Januar stattfinden. Alle gegenteiligen in der Presse verbreiteten Nachrichten sind unzutreffend.

Im übrigen legt das Reichsfinanzministerium Wert darauf, ausdrücklich festzustellen, daß es sich bei den durch die Presse bekannt gewordenen auf die Ortsklassen A und B beschränkten Vorauszahlungen eben nur um Vorauszahlungen der am Monatsende fälligen gegenwärtigen Bezüge und nicht um Vorschlagszahlungen auf eine künftige Neuregelung der Bezüge handelt.

## Eisenbahnerbewegung in Kattowitz

Am Mittwochabend trat ein Teil der Gleiwitzer Eisenbahner in den Ausstand, weil die Internationalisierte Kommission die Zahlung der Mehrbeträge, welche die Beamten durch die Höherstellung der Ortsklasseneinteilung erhalten sollten, verweigerte. Der Streik wurde nachts abgedröht und der Betrieb in vollem Umfange wieder aufgenommen. Die Verhandlungen zwischen den Eisenbahngewerkschaftsführern und der Internationalisierten Kommission haben zu dem Ergebnis geführt, daß den Beamten eine Vorschlagszahlung auf die erhöhten Ortsklassenzuschläge sofort ausbezahlt wird. Damit sind alle Streikbefürchtungen im Eisenbahndirektionsbezirk Kattowitz beseitigt.

# Das Eisenbahn-Arbeitszeit-Gesetz

Im Reichsverkehrsministerium ist, wie amtlich mitgeteilt wird, der vorläufige Referentenentwurf eines Gesetzes über die Arbeitszeit des Personals der Eisenbahnen ausgearbeitet worden, der, wie der Reichsverkehrsminister bereits mehrfach betont hat, unter grundsätzlicher Wahrung des Achtstundentages einer „wirtschaftlichen“ und gerechten Verwendung des Personals, wie das Ministerium sich ausdrückt, die Wege ebnen soll. Der Referentenentwurf hat die Zustimmung der übrigen Ressorts und des Kabinetts noch nicht erlangt.

Über den Inhalt des Gesetzes wird mitgeteilt: Der Entwurf bezieht sich auf die Beamten, Angestellten und Arbeiter der Reichsbahn und der übrigen dem öffentlichen Verkehr dienenden Eisenbahnen einschließlich der Straßenbahn, die im äußeren Dienste beschäftigt sind. Er beschäftigt sich mit der Arbeitszeit, der täglichen Ruhezeit und der Zahl der Ruhetage.

Was den Begriff der Arbeitszeit angeht, so hängt im Gegensatz zum regelmäßigen Fabrikbetrieb in vielen Zweigen des Eisenbahndienstes die Bestimmung der Arbeitszeit nicht von dem Willen der Verwaltung und des Personals, sondern von der Natur des Dienstes ab, der bald hohe Beanspruchung, bald, wie während der Zuspätsen, nur Anwesenheit an der Dienststelle erfordert. Um diesen Umständen Rechnung zu tragen, wird in dem Referentenentwurf ein Unterschied zwischen Arbeitszeit als der

### Zeit der wirklichen Arbeitsleistung

und der sogenannten Dienstbereitschaft gemacht, d. h. der Zeit, während derer das Personal ohne Arbeitsleistung an der Dienststelle anwesend zu sein hat, um nach Bedarf Arbeit zu leisten.

Da Art und Grad der Dienstbereitschaft im einzelnen sehr verschieden sind, so wird in besonderen Ausführungsbestimmungen geregelt werden, ob und in welchem Umfang Dienstbereitschaft auf die Arbeitszeit angerechnet werden kann. Praktisch bedeutet die Regelung, daß z. B. die Dienstdauer eines Schrankenwärters über 8 Stunden ausgedehnt werden kann, sofern nur die Arbeitszeit 8 Stunden innerhalb dieser Dienstdauer (Dienstschicht) nicht überschreitet. Man wird also unter Umständen auf einer Strecke mit durchgehendem Tag- und Nachtdienst auf einem Schrankenwärterposten innerhalb 24 Stunden mit 2 Mann auskommen, während beim schematischen Achtstundentag 3 Mann nötig sind.

Als nicht zur Arbeitsleistung gehörig scheiden aus der Arbeitszeit auch Pausen aus, während derer das Personal seine Arbeitsstätte verlassen darf, sowie Dienstfahrten, die zur Uebernahme oder nach Beendigung der Dienstgeschäfte auf der Eisenbahn zurückgelegt werden müssen.

### Dienstschicht

d. h. der Zeitraum, der sich aus der Arbeitszeit, der Dienstbereitschaft, den Pausen und Dienstfahrten zusammensetzt, darf nach dem Entwurf höchstens 15 Stunden betragen; ihre Dauer ist im übrigen der Art und dem Grad der Beanspruchung des Personals anzupassen. Das Höchstmaß wird nur da zur Anwendung kommen, wo infolge einfacher Verhältnisse geringe Anforderungen an die Arbeitsdauer des Personals gestellt werden. Ueberstreichungen der Höchstdauer sind im regelmäßigen Dienst dort zulässig, wo es im Interesse des Personals selbst (Rückkehr an den Wohnort) oder in der Natur des Dienstes, wie z. B. beim Schlafwagenschaffner, gelegen ist.

## Die Bilanz der Deutschen Werke

Der Haushaltsausschuß der Nationalversammlung beschloß am 30. April 1919, die bisherigen Deeres- und Marineverwaltungen soweit als möglich fortzuführen und auf Friedensbetrieb umzustellen, in der Voraussetzung, daß die Werke sich zur Fabrikation von Friedensartikeln eignen und eine Verzinsung der investierten Kapitalien gewährleisten würden. Einige Werke wurden geschlossen, die übrigen übernahmen unter der Firma: Deutsche Werke A.-G. in ein Aktienunternehmen umgewandelt, dessen Aktien und Genussscheine im Besitze des Reiches verblieben. Jetzt erscheint die erste Bilanz dieses Unternehmens.

Nach dem vorgelegten Berichte der Verwaltung erschwerte die im September 1920 eintretende allgemeine Wirtschaftskrise die Umstellungsarbeiten außerordentlich. Auch die Maßnahmen der Entensie wirkten hemmend auf die Entwicklung. Unter Berücksichtigung all dieser Schwierigkeiten und Behinderungen war der Grad der Beschäftigung noch zufriedenstellend. Die Umstellung der Betriebe war am 31. Dezember 1920 noch nicht beendet. Hierauf war bei Aufstellung der vorliegenden ersten Bilanz Rücksicht zu nehmen. Zur Uebernahme der zu erwerbenden Grundstücke, Gebäude, Betriebsmaschinen und Vorrechte wurden durch den Etat 1919 vom Reich für die Reichsbetriebe als Borgängerin der Deutschen Werke A.-G. 495 Mill. Mark bewilligt. Von dieser

Summe wurde von vornherein ein Betrag von 65 Mill. M. für die Umstellung sowie die Liquidation der Vergangenheit als zu Lasten des Reiches gehend bestimmt. Dieser Betrag wurde auch verausgabt, so daß er in der vorliegenden Bilanz nicht mehr in die Erzielung tritt. Für die restlichen 430 Mill. M. erhielt das Reich 100 Mill. M. Aktien der neugegründeten „Deutsche Werke A.-G.“, sowie 330 Mill. M. Genussscheine, die an einer Dividende über 5 Proz. hinaus teilnehmen. Der Gegenwert dieser Genussscheine in Höhe von 330 Mill. M. wurde in der Bilanz wie folgt veranlagt: Uebertragung auf geschulde Rücklage 75 Mill. Mark, Uebertragung auf Sonderrücklage 75 Mill. M., Abschreibungen auf Maschinen usw. 65,44 Mill. M., Abschreibungen der Umstellungsarbeiten, soweit sie über die vom Reich bewilligten 65 Mill. Mark hinausgegangen sind, 84,77 Mill. M., weitere Umstellungskosten, die noch im laufenden Jahre benötigt werden, und die vorübergehende auf Materialkonto verbucht wurden, 29,79 Mill. M.

Nach der Gewinn- und Verlustrechnung besaßen sich die Ertragsrücklagen auf 171,44 Mill. M., denen 0,45 Mill. M. Gründungskosten, 57,83 Mill. M. Generalunkosten und 118,17 Mill. M. Rückstellungen und Abschreibungen gegenüberstehen.

Wie gemeldet wird, hat die Postkonferenz die Entscheidung in Sachen der Deutschen Werke auf den 28. Dezember vertagt.



# Die Magistratsgehälter noch nicht bewilligt

## Die gestrige Sitzung

In der gestrigen Stadtratsversammlung fanden verschiedene Abstimmungen statt, bei denen es sich wieder einmal darum handelte, welche Seite des Hauses stärker vertreten war. Leider genog bei einigen Abstimmungen die bürgerliche Seite den Vorteil der zahlenmäßig stärkeren Anwesenheit, obwohl nicht ihre ganze Mehrheit zur Stelle war. Durch eine solche zufällige Abstimmung wurde die Magistratsvorlage für die Schaffung der Stelle eines Direktors für das Zentralwohnungsamt, für deren sofortige Erledigung sich der Genosse Kaditz im Interesse der einheitlichen Gestaltung des Berliner Wohnungswesens lebhaft einsetzte, an einen Sonderauschuss überwiesen, dessen Einsetzung die Rechtsparteien beantragt hatten.

Die Erhöhung der Magistratsgehälter wurde nicht bewilligt, sondern die Vorlage noch einmal an den Ausschuss zurückverwiesen. Ein gemeinsamer Antrag der drei sozialistischen Parteien, der vor allem eine Erhöhung der Bezüge der mittleren und unteren Beamten forderte, wurde leider mit einer bürgerlichen Mehrheit von drei Stimmen abgelehnt.

## Sitzungsbericht

Zu Beginn der Sitzung wurde der Dringlichkeit eines Antrages Meixner und Genossen (Dem.) widersprochen, der die Einführung der weiblichen Schulaufsicht in einem Bezirk von einer Urabstimmung der Elternschaft abhängig machen und jedes Eingreifen der Schulbehörden dabei ausschalten wissen will.

Ueber die ersten Tagesordnungspunkte kann nicht berichtet werden, da der Ausschussberichterstatter Dr. Richter auf der Pressebank nicht zu verstehen ist.

Die Aufbesserung der Magistratsgehälter entfielste eine lebhafteste Debatte. Der Ausschuss beantragte wieder eine Vertagung, gegen die sich Stadtv. Dr. Lohmann (S. P. D.) wandte. Die Vertagung solle nur den Unfall der Rechtsparteien vorbereiten, die im Ausschuss entgegen ihrer früheren Auffassung die Magistratsgehälter nicht hoch genug treiben konnten. Es sei auch unbedingt abzulehnen, daß bei den höheren Beamten die Vorschlagskraft einreisen soll. Es müsse eine vorläufige Eingruppierung stattfinden, die der Redner näher erläuterte. Stadtv. Schumacher lehnte die Ausschussanträge und die Magistratsvorlage ab, da die unteren Beamten nicht einmal das Existenzminimum erreichen. Stadtv. Lange (Zentr.) kündigte die Stimmhaltung der Zentrumsfraktion an, Stadtv. Wübcke (D.) polemisierte gegen Dr. Lohmann und verteidigte die Haltung der Rechtsparteien.

Wübcke war ein gemeinsamer Antrag der drei Arbeiterparteien eingegangen; er hatte folgenden Wortlaut:

„Die Bezüge der unteren Beamtengruppen sind unzureichend entsprechend den heutigen Kosten der Lebenshaltung zu erhöhen, und von dieser Grundlage aus ist sobald als möglich eine Festsetzung sämtlicher Beamten in einheitlichem Ausmaß vorzunehmen.“

Dann vertrat Stadtv. v. Cohnen (D. Volksp.) — in der Form sehr maßvoll, im Inhalt aber mit aller Entschiedenheit — den Standpunkt der Rechtsparteien und plädierte für eine Vertagung.

Stadtv. Kuchensieder (U. S. P.) begründete den gemeinsamen Antrag Wehl-Krüger-Schumacher. Die in der Magistratsvorlage vorgesehene Bezüge der unteren und mittleren Beamten seien nicht im mindesten den gesteigerten Kosten der Lebenshaltung entsprechend. Die Rechtsparteien heucheln ein Interesse für die unteren Beamten, beweisen es aber nicht durch die Tat: Sie haben im Ausschuss den Antrag der U. S. P., der den unteren Beamten eine der Leistung entsprechende Erhöhung ihrer Bezüge nicht einmal zur Debatte gestellt, sondern niedergebittet. Die U. S. P. könne die Willkür nicht anerkennen, die unsoziale staatliche Besoldungsordnung einfach slavisch nachzuahmen. (Beifall.)

In einer persönlichen Bemerkung erklärte Stadtv. Lange (Z.), daß das Zentrum sich nicht im Schlepptau der Volkspartei bewege, sondern eigene Politik treibe.

Die Abstimmung rief zunächst eine lebhafteste Geschäftsordnungsdebatte hervor. Es wurde schließlich durch Auszählung bei jedem einzelnen Antrag, die zu tumultuarigen, eines Parlaments einfauch unwürdigen Szenen führte, folgendes Ergebnis festgestellt:

Der Antrag, Vorschläge nur im Rahmen der im Antrag Dr. Lohmann enthaltenen Sätze (die niedriger als die der Magistratsvorlage sind) zu zahlen, wurde angenommen. Dann wurde mit 99 bürgerlichen gegen 96 sozialistischen Stimmen der Ausschussantrag auf Vertagung und Vorschlagszahlung angenommen. Mit 97 bürgerlichen gegen 96 sozialistische Stimmen wurde der Antrag Wehl-Krüger-Schumacher dem Ausschuss überwiesen, mit demselben Stimmenverhältnis der Antrag Lohmann, der für die oberen Beamten und Magistratsmitglieder niedrige Sätze vorschlägt, als die Magistratsvorlage, abgelehnt.

Ein Antrag Garbel und Genossen (R. P. D.), der in einem Ausschuss beraten und in seiner finanziellen Auswirkung etwas begrenzt worden war, wurde nach der Ausschussberichterstattung durch Stadtv. Subtle (S. P. D.) einstimmig angenommen. Durch diesen Beschluß werden 7 Millionen Mark zur sofortigen Zahlung einer Beihilfe an alle Empfänger von öffentlichen laufenden Unterstützungen bereitgestellt.

Nach Erledigung einiger Vorlagen von geringerer Bedeutung begründete Stadtv. Dettmer (U. S. P.) die Notwendigkeit, Zuschläge zu dem Barlohn der Güterarbeiter sofort zu bewilligen. Nach Erhöhung der Löhne der städtischen Arbeiter müssen die Löhne der Güterarbeiter selbstverständlich ebenfalls erhöht werden. In der Abstimmung wurde ein Antrag auf Ausschussberatung abgelehnt, der Magistratsvorlage wurde zugestimmt. Die Magistratsvorlage über die Nachbewilligung der Staatsüberführung durch das Jugendamt, das 540 855 M. beim Erholungsurlaub schwächerer Gemeindefunktionäre und 509 125 M. bei den Fernspielen viel verbraucht hat, Stadtv. v. Cohnen (D. Sp.) beantragte die Beratung der Vorlage im Ausschuss, dem Stadtv. Dr. Wehl zustimmte, wobei er gleichzeitig bemängelte, daß sich der Magistrat bei den verschiedenen Angriffen neuerdings in Schweigen hülle. Bürgermeister Ritter als unterzeichneter Deputierter erklärte, daß sich in der gegenwärtigen Zeit der Geldwertschwankung sichere und unbedingt einzuhaltende Etats überhaupt nicht aufstellen ließen. In der Abstimmung wurde der Ueberweisung an den Ausschuss zugestimmt.

Die Magistratsvorlage über die Beschaffung von Fahrgeldern für bedürftige Gemeindefunktionäre gab dem Stadtv. Dr. Wübcke (U. S. P.) Gelegenheit, einen Antrag unerer Fraktion zu begründen, der die Ausdehnung dieser Wohltat auf die Fach- und Fortbildungsschüler forderte. Der Antrag lautet: Die Stadtverordnetenversammlung beschließt: „Es ist ein Ausschuss von 15 Mitgliedern einzusetzen, um die Frage zu prüfen, inwieweit und unter welchen Bedingungen Fach- und Fortbildungsschülern zur Fahrt nach und von der Schule Fahrgeldermäßigung gewährt werden kann.“ Der Antrag wurde gemeinsam mit der Magistratsvorlage angenommen.

Bei der Vorlage über die Schaffung der Stelle eines Direktors für das Zentralwohnungsamt beantragten die Rechtsparteien die Verweisung an einen Sonderauschuss. Stadtv. Kaditz (U. S. P.) protestierte dagegen. Das Wohnungs- und Mietverwaltungsamt Berlins erfordere endlich eine einheitliche Leitung; es droht die Gefahr, daß die Besetzung dieser Stelle eben so verschleppt werden würde, wie es mit dem Posten eines Siedlungsleiters geschehen sei. Die zahlreicher anwesenden Bürgerlichen beschlossen indes die Ueberweisung an einen Sonderauschuss.

Die Vorlage über die Bewilligung eines Zuschlages zu den baren Stundenlöhnen der Forstarbeiter veranlaßte die Kommunisten, einen Antrag auf Gleichstellung der Forstarbeiter mit den Arbeitern der städtischen Werke zu stellen. Gen. Dettmer wies demgegenüber darauf hin, daß es sich in der Magistratsvorlage um Zuschläge handele, die durch die tatsächlichen Verhandlungen inzwischen längst überholt und deshalb einfach anzunehmen seien. Der kommunistische Antrag sei aber zunächst undurchführbar, weil die Forstarbeiter unter einem Manteltarif stehen, der bis zum 31. März läuft. Die Vorlage wurde angenommen. An die öffentliche Schloß sich noch eine geheime Sitzung an.

Fortschreitender Ausbau des Köpenicker Industrieviertels. Die von der Stadtgemeinde in eigener Regie betriebenen Brücken- und Bahnbauarbeiten im Köpenicker Industrie- und Hafengebiet werden trotz vielseitiger Schwierigkeiten weiterhin eifrig gefördert. Nachdem die Köpenicker Allee-Brücke soweit fertiggestellt ist, daß ihre Freigabe für den Fußgängerverkehr unmittelbar bevorsteht, dürfte binnen kurzer Zeit auch der Wagenverkehr über die neue Brücke geleitet und dadurch die Sperre der Köpenicker Allee aufgehoben werden.

## Die Höchstgrenze für Mietsteigerungen

Der Magistrat beschloß in seiner Sitzung am Dienstag unter Abänderung seines Beschlusses vom 7. Dezember zur Festsetzung der neuen Höchstgrenze für Mietzuschläge der Verordnung nunmehr folgende Fassung zu geben:

Auf Grund des § 4 Absatz 7 der Anordnung des Preussischen Ministers für Volkswohlfahrt betreffend Einführung einer Höchstgrenze für Mietzinssteigerungen vom 9. Dezember 1919 (S. S. 187 ff.) und des Beschlusses des Magistrats Berlin vom 21. Dezember 1921 wird die Bekanntmachung des Magistrats Berlin vom 16. Juni 1921 folgendermaßen geändert:

- I.
- A) In Stelle des § 1 tritt folgende Bestimmung:
 

Als Höchstgrenze für Mietzinssteigerungen wird ein Zuschlag von 70 Prozent mit folgenden Ausnahmen festgesetzt:

  1. a) für Räume, die zu gewerblichen, geschäftlichen, Bureau- oder ähnlichen Zwecken benutzt werden, beträgt der Höchstzuschlag 100 Prozent, wenn der Mietzins am 1. Juli 1914 jährlich mehr als 1200.— M., aber nicht mehr als 3000 M. betragen hat.
  - b) Bei Mietverhältnissen, die sich sowohl auf Wohnräume als auch auf Räume der in Absatz a) bezeichneten Art erstrecken, beträgt der Höchstzuschlag ebenfalls 100 Prozent, wenn der Mietzins nicht nach der verschiedenartigen Benutzung der Räume getrennt vereinbart war und jährlich mehr als 1200 Mark, aber nicht mehr als 3000 Mark betragen hat.
  2. a) für Räume, die zu gewerblichen, geschäftlichen, Bureau- oder ähnlichen Zwecken benutzt werden, beträgt der Höchstzuschlag 130 Prozent, wenn der Mietzins am 1. Juli 1914 jährlich mehr als 3000 M. betragen hat.
  - b) die unter 1 b) getroffene Bestimmung findet entsprechende Anwendung.

Diese Bekanntmachung tritt am 1. Januar 1922 in Kraft. Unberührt bleiben gemäß § 4, 7 S. 2 A. die laufenden Verträge. Der Beschluß ist heute dem Oberpräsidenten übermittelt worden, welchem gemäß § 4 Absatz 1 der Höchstmietenanordnung das Recht des Einspruchs binnen zwei Wochen zusteht.

Wie wir bereits mitteilten, gingen die Wünsche der Hausbesitzer in bezug auf Heraussetzung der Mietzuschläge noch viel weiter. Es muß diesen völlig unbegründeten Forderungen gegenüber betont werden, daß die Bewilligung von 70 Prozent schon ein sehr weites Entgegenkommen des Magistrats gegenüber den Hausbesitzerforderungen darstellt. Es ist auch durchaus noch nicht feststehend, daß diese Beschlüsse des Magistrats die Genehmigung der Aufsichtsinstanzen finden, da, wie wir bereits mitgeteilt, die Mieterverbände beim Oberpräsidenten schon das erste Mal, als die Erhöhung beschlossen wurde, Einspruch erhoben haben, weil die Vertretung der Mieterschaft vor der neuen Festsetzung nicht ordnungsgemäß gutachtlich gehört wurde. Bekanntlich hat der ehemalige Verbandsdirektor Steiniger, der, obwohl er Syndikus von Grundbesitzerorganisationen ist, als Mietergutachter mitgewirkt. Gegen eine Rechtsverdringung in so großer Art protestieren die Mieterverbände völlig mit Recht. Sollten vor der neuen Beschlußfassung an Stelle Steinigers nicht tatsächlich einwandfreie Mietervertreter mitgewirkt haben, wird ein Einspruch der Mieterorganisationen zweifellos den Erfolg haben, daß der Oberpräsident keine Zustimmung verweigert und die neuen Zuschläge am 1. Januar noch nicht in Kraft treten können. Auch der Wohlfahrtsminister soll Bedenken tragen, dieser Erhöhung auf 70 Prozent seine Zustimmung zu geben. Wie vom Abgeordneten Wübcke in der Wilmersdorfer Bezirksversammlung mitgeteilt wurde, hält der Wohlfahrtsminister die Heraussetzung in dieser Höhe für unbegründet.

Obwohl danach die neuen Mietzuschläge noch lange nicht endgültig festgesetzt sind, versuchen die Hauswirte, schon ihr Schicksal zu klären. Die Mieter werden gut tun, alle vom Hausbesitzer etwa schon jetzt an sie ergehenden Forderungen rundweg abzulehnen. Einmal können sie die endgültige Festsetzung abwarten, zum anderenmal ist zu beachten, daß es sich um Höchstzuschläge handelt, die nicht generell festzusetzen sind. Das Mietzinssteigerungsamt muß vor der endgültigen Festsetzung die Verhältnisse der Mieter und Vermieter prüfen, und kann dann je nach dem Ergebnis dieser Prüfung bis zu dieser Höhe den Mietzuschlag festsetzen, muß aber bei besonders gearteten Verhältnissen der Mieter einen niedrigeren Zuschlag festsetzen.

## Der einzige Weg

Roman von Paul Reboux

Übersetzt von Rudolf Härk. Copyright 1921 by Grethlein & Co. G. m. b. H., Leipzig.

(48. Fortsetzung.)

### Das schuldlose Frankreich.

Fräulein Yvonne Vidal

Paris.

Ich muß Ihnen von einem Gespräch berichten, das ich gestern mit meiner Schwester und mit meinem Schwager führte.

Wir sprachen von Herrn Professor Wytembach. Ich sagte ihnen, wie — göttlich, in des Wortes wörtlicher Bedeutung, mir die Gedanken dieses ehrenwerten Preußen erschienen. Und ich suchte nach dem Grund seiner Feindseligkeit gegen Frankreich.

In Frankreich folgern wir so: die Deutschen hassen uns; wir sind aber ganz und gar nicht hassenswert! Folglich ist der deutsche Haß ungeheuerlich.

Buchmann machte mich aber auf gewisse Tatsachen aufmerksam, die bei uns ein wenig in Vergessenheit geraten sind, denn wir haben die Neigung, uns sehr rasch das Unrecht zu verzeihen, das wir anderen Leuten zugefügt haben.

Gestehen wir es uns nur ein. Wir haben die Entwicklung unseres Nachbarstaates wenig gefördert. Während ein geschichtliches Gesetz, das nicht weniger bindend ist als ein Naturgesetz, zur Vereinigung der einzelnen Volkstämme drängte, haben wir Franzosen nur eine Absicht gekannt: Zersplitterung und Schwächung. Durch fünfzig Jahre hat Ludwig XIV. versucht, Deutschland zu knechten. Turenne hat nach seinem eigenen Ausspruch die Pfalz vernichtet und aufgefressen. Nachdem Napoleon das Land verwüstet und ausgeplündert, ausgenommen, nachdem er ihm ungeheure Kriegsausgaben auferlegt hatte, mutete er ihm ein erniedrigendes Bündnis zu und verwandelte es in ein Heerlager, das dem Sieger dienstpflichtig war. Es ist recht natürlich, daß Deutschland, besonders unter einer Regierung, die so geneigt war, Keime der Rache ausstreuen zu lassen, nicht gerade einseitig Frankreichs brüderliche Gesinnung glaubte. Wir urteilen immer nur von unserem Standpunkte. Wir denken niemals daran, daß die fünf Milliarden, die Besehung, die Weg-

nahme von Elb-Lothringen im Jahre 1871 eine Tat der Vergeltung war.

Von diesem Augenblick an kam uns übrigens Deutschland entgegen. Es fand das Gleichgewicht hergestellt. Aber es stieß immer nur auf ein schmolzendes, sprödes Frankreich, wo eine Partei von Rammachern sich befleißigte, die Ungleichheit zu erhalten und zu verschlimmern. Unfere Nachbarn wurden von Tag zu Tag stärker und reicher und belamten dieses eigenartige Uebelwollen satt. Ihre Zeitungen erwiderten die Bosheiten der unferen. In beiden Ländern kamen die Aufgeregten und Unzufriedenen zu Wort und beherrschten mit ihren Beschwerden die öffentliche Meinung. So wurde der Weltkrieg vorbereitet.

Und dann der Vertrag von Versailles!

Dieser Vertrag nimmt Deutschland sein Zink zu zwei Dritteln weg; nötigt es, aus Mangel an Kohle Fabriken zu schließen; beraubt es seiner Kolonien, seiner Rechte in Afrika, seiner Handelsstützen in China; bemächtigt sich der Mehrzahl seiner Lokomotiven und Waggons, seiner Flotte und seiner Ueberseeabel, erdrückt seinen Außenhandel, treibt es zum Bankrott und verlangt von ihm eine Entschädigung, die es in der Zeit seiner höchsten Blüte kaum hätte zahlen können, die es zum langsamen Tod durch Schwindsucht oder zum raschen Tod durch Anarchie verurteilt; dieser Vertrag legt alle Einzelheiten der wirtschaftlichen Marter fest, die man nach einem Krieg verhängt, der angeblich im Namen der Menschlichkeit, der Gerechtigkeit, der Volksrechte geführt worden ist. Jeder Deutsche macht sich seine Gedanken über diesen Vertrag; seine Schlussfolgerungen kann man sich leicht vorstellen.

Der französische Standpunkt ist: Alles in bester Ordnung. Alles Schlimme über sie! Aber der deutsche Standpunkt? Was haben wir denn eigentlich getan, um den Haß zu beseitigen, über den wir klagen? Als der Waffenstillstand geschlossen wurde, hatten die Deutschen den ehrlichen Wunsch, wieder gut zu machen. Die junge Republik verurteilte scharf die Fehler der kaiserlichen Heere. Sie entzog sich nicht der Verantwortung, sie sprach mit Achtung, mit Bedauern von den Verwüstungen im Norden.

Nun mißte sich meine Schwester in unser Gespräch. Und ich gestehe, daß mich das, was sie vorbrachte, aufs tiefste ergriß.

Sie sprach von den Wiener und den deutschen Kindern mit erschütternder Sachkenntnis. Noch heute halten es die ver-

bündeten Völker für richtig, daß Millionen Kinder verhungern oder unheilbare Lungenkranke, Krüppel werden — zur Strafe für ein Vergehen, das vor ihrer Geburt begangen wurde. Welche Gefühle muß eine deutsche oder eine österreichische Mutter, welche Gefühle müssen all jene haben, die diese kleinen Opfer beständig vor sich sehen? Wäre es nicht an der Zeit, daß die Frauen in den verbündeten Ländern einen gemeinsamen Schrei der empörten Mütterlichkeit erheben, damit die Feindschaft nicht unheilbar werde?

Aus dieser Unterredung ergaben sich, wie mir scheinen will, einige Lehren. Der Haß gegen Deutschland ist eine Religion geworden, die ohne Aufsicht und ohne Prüfung ausgeübt wird, wie es sich für eine Religion gehört. Dieser Haß ist auf Gegenseitigkeit gegründet. Das genügt uns. Aber wäre es nicht gut, wenn wir nach den Gründen des Hasses fragten und wenn wir uns bemühten, diese Gründe zu entkäften?

Diese beiden lahmgelegten Staaten, deren Zeitungen einander beschimpfen, erinnern mich an zwei festgefahrene Wagen, deren Rutscher stuchen, statt die Räder frei zu machen. Auch hier wird es schließlich einen großen Aufschub geben — einen Aufschub an der Grenze nämlich.

Herzliche Grüße

Y. R.

27

Gestern und heute.

Fräulein Yvonne Vidal.

Paris.

In meinem vorletzten Briefe habe ich eine zweite merkwürdige Persönlichkeit erwähnt, die ich bei Buchmann kennen gelernt habe. Es war auch ein Professor, ein Berliner Nationalökonom, ein vernünftiger, höflicher Mann, der selbst in seiner Freimütigkeit noch etwas Zurückhaltendes hatte.

Es ist nicht zu leugnen, daß er in einigen seiner Ansichten an Herrn Professor Wytembach erinnerte. Als er erfuhr, daß ich ohne Feindseligkeit an der Entwicklung Deutschlands in den letzten fünfundsiebzig Jahren Anteil nahm, verhehlte er mir seine Genugtuung nicht, einem Volke anzugehören, das einst so stark war.

Aus einem untrüglichen Gedächtnisse überzumpelte er mich, was sie dort so gut verstehen, im Handumdrehen mit Ziffern, die ich mir in meinem Notizbuch aufzeichnete.

(Fortsetzung folgt.)

Wetter ist zu beachten, daß in der Verordnung ausdrücklich ge-  
sagt ist, daß laufende Verträge davon nicht be-  
rührt werden. Danach muß der Vermieter vor der  
Stellungnahme den Mietvertrag zum vorgesehenen Abstermin  
kündigen, ehe er die neuen Zuschläge erheben kann. Allerdings  
haben eine ganze Anzahl Hausbesitzer vor dem letzten Vertrags-  
abschluss ihren Mietern Verträge oder Zusätze vorgelegt, wonach  
sich die Mieter verpflichten, für den Fall der Herauslösung der  
Mietzuschläge diese sofort zu zahlen. Wie betont, daß nach der  
Entscheidung der Gerichte solche Abmachung nicht rechtsver-  
bindlich ist, da sie dem Wortlaut der Verordnung zuwider-  
läuft und damit als gegen die guten Sitten verstoßend ange-  
sehen wird. Die Zahlung der neuen Zuschläge kann also in  
seinem Fall vor Ablauf der Verträge erzwungen werden. Alle  
etwa von Hausbesitzern an Mietern gestellten Anforderungen sind  
deshalb zurückzuweisen.

### Teuerungszuschüsse für Schwerkriegsbeschädigte

Vom Nachrichtenamt des Magistrats wird mitgeteilt: Die Ge-  
währung von Teuerungszuschüssen an Schwerkriegsbeschädigte und  
Kriegshinterbliebenen ist nach dem Erlaß des Reichsarbeits-  
ministeriums vom 1. Dezember 1921 neu geregelt. Danach hört die  
Zahlung der Zuschüsse durch die Rentenzahlstellen der Post vom  
1. Januar 1922 auf. Soweit den Kriegsbeschädigten und Kriegs-  
hinterbliebenen nach dem neuen Erlaß diese Zuschüsse noch zustehen,  
erfolgt die Zahlung durch die Fürsorgestellen. Alles Nähere über die  
Art, Zeit und Ort der Zahlung an die Empfangsberechtigten im  
Bereich der alten Stadtgemeinde Berlin wird in nächster Zeit öffent-  
lich bekanntgegeben werden. Bemerkenswert ist, daß wegen der finan-  
ziellen Notlage des Reiches und der großen Zahl der Kriegsbeschädigten  
und Kriegshinterbliebenen die Hilfsmittel des Reiches nur denen zugute  
kommen sollen, die im wesentlichen auf die Rente angewiesen sind,  
und nicht mehr in der Lage sind, sich ein entsprechendes Ein-  
kommen durch Vermertung ihrer Arbeitskraft zu sichern. Es erhalten  
demnach nur die nicht im Erwerbsleben stehenden Schwerbeschädigten,  
die erwerbsunfähigen Witwen, ferner alle Waisen und Kriegere-  
ben, die gegen den früheren Erlaß wesentlich erhöhten Teuerungszu-  
schüsse, rückwirkend vom 1. Oktober 1921, unter Anrechnung der  
bisher geleisteten Zahlungen.

### Die neuen Postgebühren

Die neuen Postgebühren betragen ab 1. Januar: Für die Post-  
karte im Ortsverkehr 75 Pf., im Fernverkehr 1,25 M.; für den  
Brief im Ortsverkehr bis zu 20 Gramm 1,25 M., über 20 Gramm  
2 M., im Fernverkehr bis zu 20 Gramm 2 M., über 20 bis 100  
Gramm 3 M., über 100 bis 250 Gramm 4 M.; für die Drucksachen-  
karte 40 Pf., die Drucksache bis 50 Gramm 50 Pf., 50 bis 100  
Gramm 1 M., 100 bis 250 Gramm 2 M., 250 bis 500 Gramm  
3 M., 500 Gramm bis 1 Kilogramm 4 M.; Einschreibkarten mit  
fünf Stichworten 40 Pf.; Geschäftspapiere bis 250 Gramm 2 M.;  
Warenproben bis 250 Gramm ebenfalls 2 M., das Päckchen bis  
1 Kilogramm 4 M.; Paketgebühr bis 5 Kilogramm in der Nah-  
zone (bis 75 Kilometer) 6 M., in der Fernzone (über 75 Kilo-  
meter) 9 M.

Ein Brief — 15 Mark! Der teuerste deutsche Brief  
kostet vom 1. Januar ab 15 Mark, nämlich der eingeschriebene  
Eilbrief zwischen 200 und 250 Gramm nach einem Landorte, näm-  
lich 4 M. Porto, 2 M. Einschreibgebühr, 9 M. Eilbestellgebühr  
nach Kadfahrer. Das teuerste deutsche Paket nach einem  
Landorte (eingeschriebenes Paket von 18 Kg.) kostet Porto  
40 Mark, Einschreiben 2 M., Gebühr für dringende Bestellung  
(Eilbehandlung auf Transport und bei Bestellung) 80 M. extra,  
zusammen also 122 Mark.

Herr Wieserts fährt am 1. Januar wohl neue Tarife ein, aber  
passende Werte besitzt er nicht. Vom 1. Januar ab kennen  
die Tarife nur Werte von 40 Pf. bis 40 M. Die Werte unter  
40 Pf. sind eigentlich wertlos, und von den neuen Werten zu  
75 Pf., 1,25 M., 2 M., 3 M., 4 M., 5 M., 6 M. gibt es nur geringe  
Mengen oder es gibt diese Werte überhaupt noch nicht. Vom  
1. Januar ab wird also ein großes Ergänzungslieben beginnen,  
da die Post ihre alten Bestände räumen will. Zur Zeit gibt es  
von den künftigen Werten nur Briefmarken zu 50 Pf., 75 Pf.,  
1 M., 1,25 M., 2 M., 4 M. und 5 M. Am den Mangel zu be-  
heben, hat die Reichsdruckerei jetzt neue Marken zu 2 M.,  
3 M. und 4 M. hergestellt. Die alten Werte von 5, 10, 15, 20,  
25, 30, 35 Pf. werden nach Aufbrauchung der natürlich sehr er-  
heblichen Vorräte ganz verschwinden. Die 60-Pf.- und 80-Pf.-  
Marken bleiben vorläufig Ergänzungsmarken; auch derartige  
Werte kennt der Posttarif im nächsten Jahre nicht mehr.

### Einführung der Familienversicherung

Vertragschluss zwischen Berliner Kranken-  
kassen und Ärzten

Der Groß-Berliner Ärztebund hat sich gestern mit  
den Krankenkassen grundsätzlich geeinigt über die Behandlung  
der Familienangehörigen der hiesigen Krankenkassen. Bei Kassen,  
bei denen die Zahl der verheirateten Mitglieder feststellbar ist,  
wird für jede Familie ausschließlich des Familienoberhauptes  
der einkommensabhängige Betrag desjenigen Honorars bezahlt,  
das jeweils für das Familienoberhaupt gezahlt wird, d. h. also bei  
dem gegenwärtigen Haushalt je Kopf und Jahr von 50 M. kommt  
auf die Familie 87,50 Mark. Dieser Betrag steigt um die gleichen  
Prozente, um die jeweils das Haushalt für das Familienhaupt  
steigt. Für die Kassen, wo die Zahl der verheirateten Mitglieder  
nicht ermittelbar ist, wird für jedes behandelte Familienmit-  
glied und jeden Behandlungsmonat derjenige Betrag gezahlt,  
der bei Ausschüttung des Honorars für die erkrankten Kassen in  
Betracht kommt, d. h. die Bezahlung der Gutscheine der zweiten  
Kategorie richtet sich nach der jeweiligen Höhe des Gutscheinwertes  
der ersten Kategorie.

### Die teure Weihnachtsgans

Im Anschluß an unseren Artikel „In der Zentralmarkthalle“  
schreibt uns ein Leser: Es ist nicht richtig, daß die Händler  
einen Gewinn von 10 Mark pro Pfund erzielen. Tatsächlich sind  
die Auktionspreise viel höher als 10 Mark. Dazu kommen die  
sehr hohen Provisionen der städtischen Vermittler. Im Vergleich  
zu den letzteren sind die Gewinne der Händler minimal.

Wir sind darauf gefaßt, daß nun die Vermittler kommen  
und ihrerseits erklären, daß nicht sie, sondern die Großhändler  
die eigentlichen Karnidell sind. Die Großhändler werden dann die  
Käufer, diese wieder die Züchter der Hauptgans zeigen,  
kurz, es wird ein liebliches Gesellschaftsspiel geben, bei dem jede  
einzelne Gruppe ihre Hände in Unschuld waschen wird. Aber die  
Gänse werden davon nicht billiger werden, und das wäre doch  
schließlich das einzige, was den Verbraucher interessieren  
würde.

### Goldene und silberne Weihnachtssüsse

Aufdeckung einer großen Schiebung

Eine große Gold- und Silberverchiebung wurde von der Dienst-  
stelle A III der Berliner Kriminalpolizei, deren Aufgabe der  
Kampf gegen die Kapitalverchiebung ist, aufgedeckt. Auf dem  
Schleusen Bahnhof waren Leute damit beschäftigt, einen aus  
Rumänien eingehenden Transport von Wall- und  
Haisnüssen zu entladen, als plötzlich mehrere Kriminal-  
beamte erschienen, um die Ausladung zu unterbinden. Sie be-  
gannen die Säcke auf ihren Inhalt zu untersuchen. Der erste  
Sack barg neben Nüssen ungefähr vier Kilogramm Fein-  
gold, das in Rußform zwischen die Nüsse gemischt war. Diese  
goldenen Nüsse wurden beschlagnahmt. Ein zweiter Sack brachte  
eine Papierrolle zum Vorschein, die neun Kilogramm ster-  
reichisches Silbergeld enthielt. Ein anderer Sack enthielt eben-  
so

viel geprägtes Silbergeld. Gold und Silber wurden von der  
Kriminalpolizei und den Zollbehörden zunächst wegen falscher De-  
klaration mit Beschlagnahme belegt.

### Das Urteil im Brotkartenschieberprozeß

Nach dreitägiger Verhandlung ist am Mittwoch abend 9 Uhr  
das Urteil in der Strafsache gegen den ehemaligen Hilfsange-  
stellten Erich Philipp und 12 Mitangeklagte wegen der um-  
fangreichen Brotkartenschieberungen in Mariendorf gesprochen  
worden. Das Richtergericht am Landgericht Berlin II verurteilte  
den Hauptangeklagten Philipp zu 3 Jahren Gefängnis und  
5 Jahren Ehrverlust; von den wegen gewerbsmäßiger Hehlerlei  
Angeschuldigten, die in der Prinz-, Grenadierstraße und Umgebung  
die Brotkartenschieberungen, wurden 5 zu 3 und 1 zu 2 Jahren  
von 1 1/2 Jahren bis 1 Jahr verurteilt. Drei Angeklagte erhielten  
mehrmonatige Gefängnisstrafen. Wegen Schleißhandels und Ver-  
gehens gegen die Reichsgetreideverordnung wurden die Bäckermeister  
Kraja und Bodin zu je 2 Monaten Gefängnis und je 10 000 M.  
Geldstrafe, der Bäckermeister Gralow zu 1 Monat Gefängnis und  
5000 M. Geldstrafe verurteilt. Zwei Angeklagte wurden frei-  
gesprochen.

Zeugen gesucht, die den Vorfall am Donnerstag beobachtet  
haben, der sich gegen 1/5 Uhr Velle-Alliance-Straße, Ecke Gneise-  
naustraße abspielte. Es handelte sich um einen Zusammenstoß  
zweier Kadfahrer mit Schupoameuten. Zeugen, die gesehen haben,  
wie ein Kadfahrer von einem Zivilisten mit der Waffe be-  
droht wurde, und das in Verfolg dieses Vorfalls sich zwischen  
den Kadfahrern und hinzugelassenen Schupoameuten abspielende  
Wortgeplänkel und die darauf folgende Feststellung des einen Kad-  
fahrers mitangeklagt haben, werden ersucht, im Interesse des  
grundlos belästigten Kadfahrers, ihre Adresse einzulassen an Adolf  
Döhl, Berlin O., Rigauer Str. 74.

Der Postdienst am Weihnachtstag. Für Sonnabend, den 24. De-  
zember, hat die Postverwaltung auf Grund der in den Vorjahren  
gewonnenen Erfahrungen einige, nach der Verkehrsverhältnisse an-  
gemessene Einschränkungen in Aussicht genommen. Die Post-  
schalter werden im allgemeinen um 4 Uhr nachmittags geschlossen.  
Der Postdienst soll möglichst zu demselben Zeitpunkt zu Ende  
geführt sein. Die Briefkastenentleerungen werden so geregelt, daß  
die letzte Leerung gegen 7 Uhr abends beendet ist. Im Tele-  
gramm- und Fernsprechsprechdienst treten keine Beschränkungen  
ein. Es liegt im Interesse der Allgemeinheit, Postleistungen an  
diesem Tage möglichst frühzeitig einzuliefern.

Das Märkische Museum ist am ersten Weihnachtstagesfest sowie  
am Reueffest geschlossen, am dritten Weihnachtstagesfest nur  
von 10 bis 1 Uhr geöffnet.

Die Staatlichen Museen werden am Weihnachtstagesfestabend für  
den Besuch des Publikums bereits um 1 Uhr geschlossen.

Die „Freie Welt“ kann leider auch heute noch nicht unseren  
Abonnenten zugestellt werden, wir hoffen nunmehr bestimmt die  
Auslieferung mit einer der nächsten Nummern der „Freiheit“ vor-  
nehmen zu können. — Verlag der „Freiheit“.

## Gewerkschaftliches

### Nationale Gewerkschaften

Der „Christliche“ Zentralverband der Landarbeiter.

Die Massen der Landarbeiter zu organisieren, die kulturell  
dem Industrieproletariat nachstehen, ist außerordentlich schwer.  
Junter und Paffen waren bis vor wenigen Jahren die  
Erzieher und Lehmeister dieser Schichten, und die erzielten Re-  
sultate sind ganz danach. Aber auch in diese ländlich abge-  
schiedenen räumlichen Verhältnisse wehte ein frischer Luftzug hinein,  
und seit einigen Jahren konnten beachtenswerte Erfolge erzielt  
werden. Das kulturelle und wirtschaftliche Niveau hob sich lang-  
sam, und die Willkür der Junter land eine solide Schranke, die  
nicht weit stärker sein könnte, wenn es nicht sogenannte nationale  
Gewerkschaften gäbe, die sich noch ein religiöses Mantelchen um-  
hängen und dem Kapital Helfersdienste leisten.

Was in dieser Beziehung der christlich-deutschen „Zen-  
tralverband der Landarbeiter“ leistet, geht ins Aschgraue. Die  
Zerstückelung der Landarbeiter, Vorhubsleistung zur Ver-  
dummung und letzten Endes die wirtschaftliche Be-  
nachteiligung der Landarbeiter durch diese „Gewerkschaft“  
ist evident. Für heute begnügen wir uns, einen atmenunfähigen  
Nachweis der grobschlächtigen Art des eben genannten Verbandes  
zu erbringen, die die Wahrheit stets in ihr Gegenteil verkehrt.  
Der Zentralverband der Landarbeiter gab u. a. ein Flugblatt  
heraus, das folgenden Titel trägt: „Unsere Antwort an  
die rote Lügenzentrale“. (Gemeint ist die S. P. D.)

Es bietet uns einen willkommenen Anlaß, seine Fälscherakt  
Zug um Zug nachzuweisen. In dem erwähnten Flugblatt heißt  
es: „Wahr ist, daß keine Partei nach dem Krieg die Landarbeiter-  
interessen so vernachlässigt hat, wie die Sozialdemokratie“. Eine  
andere Stelle wieder lautet: „Jeder aufgeklärte Kollege weiß es:  
die Abgeordneten und unsere Kollegen Behrens und Meyer mit  
der (deutschnationalen) Volkspartei haben diese Vorteile zu-  
gunsten der Landarbeiter, zum Teil unter beständigen Kämpfen gegen  
die Sozialdemokratie, wie bei der Deputatsfrage, durchgesetzt.“  
Diese Ausführungen richten sich eigentlich gegen die Sozialdemo-  
kraten. Da unsere Partei bei der Behandlung der einzelnen  
Fragen konform mit der S. P. D. ging, so richten sich diese An-  
würfe natürlich auch gegen uns, wie überhaupt gegen alles, was  
rot ist.

Wir bewundern nur die Kurage der Soldknechte der deut-  
sch-nationalen Volkspartei, die behaupten, daß sie die Interessen der  
Arbeiter gegenüber den Grundbesitzern zu schützen vorgehen. Der  
Zentralverband ist oft scharf angefaßt worden, aber alle Angaben  
von der Gegenseite konnten unser Beweis gestellt werden. Und  
als Antwort darauf greift dieser Verband eine politische Partei  
an. Die Lügenhaftigkeit des Zentralverbandes anzunehmen, wird  
mithin ein Gebot der politischen Anständigkeit, und wir werden  
früher noch auf die einzelnen Punkte, die dieser Verband in seinem  
Flugblatt anschnabelt, zurückkommen.

### Von den georgischen Gewerkschaften

Wir berichteten kürzlich über die brutale Niederhaltung und  
Auflösung der georgischen Gewerkschaften seitens der bolschewist-  
ischen Diktatoren, die die Führer ins Gefängnis warfen und sie  
teilweise nach alter zaristischer Methode administrativ verschleppten.  
In der Mittwoch-Abendnummer veröffentlichten wir die An-  
wort von Mac Donald an den Sowjetvertreter in London  
auf den abschlägigen Bescheid, den er als Beauftragter der 2. In-  
ternationale bekam, um mit einer Kommission nach Georgien zu  
gehen und dort den Terror nachzuprüfen. Demnach sieht's mehr  
als düster in Georgien aus, wenn Rußland sich weigert, niemand  
ins Land zu lassen, damit die dortigen Zustände nicht publik  
werden.

Was erzählt uns aber die kommunistische Presse? Von den  
vielen aus Rußland stammenden Millionen, die nach Berlin kom-  
men, um die deutsche Gewerkschaftsbewegung zu vernichten, wie  
Döring auf der Tagung des Generalkonvents der Internationalen  
Transportarbeiter-Föderation in Amsterdam kürzlich mitteilte,  
(siehe „Freiheit“ Nr. 587) wird seit kurzem auch ein „Rotes Ge-  
werkschafts-Bulletin“ herausgegeben, für das verantwortlich  
Richard Müller zeichnet. In Nr. 7 dieses wucht-  
geschneiderten umfangreichen Bulletin — Geld spielt ja  
keine Rolle, denn wir ham's ja — finden wir eine Mitteilung aus  
der Moskauer „Pravda“, wonach die georgischen Gewerkschaften  
daran gehen, sich am wirtschaftlichen Leben des  
Landes zu beteiligen.

Die georgische Rotiz sagt weiter, eine Menartzung des Gewer-  
kschaftsrates „erklärte sich mit den Grundlagen der  
neuen Wirtschaftspolitik einverstanden...“

Diese Grundlagen kennen zu lernen, macht aber Sowjetrußland  
unmöglich, indem sie Georgien hermetisch abschließt und niemand  
ins Land läßt. Wir werden deshalb diese Schwindelberichte ent-  
sprechend und hoffen nur, daß die Georgier und insbesondere  
unsere Genossen dennoch die bolschewistische Herrschaft bestehen  
werden.

### Forderungen der Eisenbahner

Eine Funktionärskonferenz des Deutschen Eisenbahner-Verbandes  
tagte am Mittwoch und nahm einen Situationsbericht von Koll.  
Kohler entgegen. Die Wünsche und Forderungen der Eisen-  
bahner wurden in der folgenden Resolution niedergelegt, die ein-  
stimmig angenommen wurde:

„Die am 21. Dezember 1921 tagende Versammlung der Funk-  
tionäre der Ortsgruppe Berlin des D. E. V. steht gemäß der wirt-  
schaftlichen und politischen Lage auf dem Standpunkt, daß die  
augenblickliche Lohnbewegung nicht zum Ziele führen kann. Aus-  
gehend von der Erwägung, daß die unhaltbare wirtschaftliche  
Lage, in der alle Arbeitnehmer sich befinden, durch geordnete  
Lohnbewegungen nicht behoben wird, fordern die Versammelten  
den Hauptvorstand auf, umgehend mit allen freien Gewerks-  
schaften in Fühlung zu treten, um eine gemeinsame Be-  
wegung aller freigewerkschaftlich organisierten Arbeitnehmer  
in die Wege zu leiten. Die Versammelten sind der Ansicht, daß  
dem geäußerten Kapital die geschlossene Front der Arbeitneh-  
merschaft entgegengestellt werden muß, um die Bewältigung des  
Existenzminimums zu erreichen. Weiter sind die Funktionäre  
überzeugt, daß die bisherige Taktik nicht zum Ziele führt, weil  
die Richtorganisationen oder in anderen Organisationen vereinten  
Arbeitnehmer schwer für die freie Gewerkschaft gewonnen werden  
können, wenn die Maßnahmen sich nicht von der Taktik der übri-  
gen Organisationen unterscheiden. Gleichseitig fordern die Ver-  
ammelten den schon längst fälligen, vom A. D. G. B. ange-  
stellten Forderungen durch diese gemeinsame Front zum Durch-  
bruch zu verhelfen, um so den uns durch die Verhältnisse aufge-  
zwungenen Kampf erfolgreich für die Arbeitnehmerschaft zu Ende  
zu führen.“

Eine weitere Entschließung fordert die Zahlung von 1000 M.  
Vorschuß noch vor Weihnachten.

### Zum Streit der Kraftdroschkenbesitzer

Am Sonnabend, den 24. Dezember 1921, findet eine große De-  
monstrationsversammlung aller entlassenen Kraftdroschken-  
führer im Gewerkschaftshaus, Engelauer 25, statt.  
Kein entlassener Kollege darf an dieser äußerst wichtigen Ver-  
sammlung fehlen! Deutscher Verkehrsband.

### Auf dem Wege zum Baugewerksbund

Wie der „Grundstein“ (10. 12. 21, Nr. 50) mitteilt, hat sich die  
vom Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund eingesetzte Kom-  
mission „zur Prüfung der Frage, inwieweit die heutigen gewerks-  
chaftlichen Berufsverbände zu großen leistungsfähigen Industrie-  
organisationen zusammengeschlossen werden können, am 29. No-  
vember mit der Schaffung einer Einheitsorganisation im Bau-  
gewerbe beschäftigt. Die Kommission ist zu der Überzeugung ge-  
kommen, daß die Schaffung eines Baugewerksbundes möglich und  
zweckmäßig ist. Sie empfiehlt den Verbänden des Baugewerbes,  
den Baugewerksbund sobald als möglich zu gründen. Dieser Be-  
schluß wurde mit 12 gegen 2 Stimmen gefaßt. Gegen ihn stimmten  
die Vertreter des Zimmerer- und des Fabrikarbeiterverbandes.“  
Einige dem Zusammenfluß freundlich geneigte Verbände waren  
bei der Sitzung nicht vertreten.

Branchenversammlung der Werkzeugmacher. Eine am Donner-  
stag, den 15. Dezember 1921, tagende auf besuchte Branchen-  
versammlung der Werkzeugmacher nahm Stellung zu dem Sonder-  
tarifabkommen für die Branche. Die seit über zwei Jahren in  
der Branche vorhandene Frage, ob eine Akkordarbeit im Beruf  
infolge der Schwierigkeiten, welche durch die Eigenheit der  
Arbeiten bestehen, möglich ist, beschästigte auch diesmal wieder  
die Kollegen. Durch die Tarifverhältnisse bestimmt, wurde am  
Anfang des Jahres der alte Branchenbeschlus aufgehoben und  
ein Abkommen mit den Unternehmern getroffen, wonach kalkulier-  
bare Arbeiten im Werkzeughaus in Akkord ausgeführt werden  
sollen. Der Branchenleiter, Kollege Kropf, berichtet in aus-  
führlicher Weise über die bisherige Durchführung und Anwendung  
der Vereinbarung. Die Branchenkommission empfiehlt den  
Kollegen, am 1. Januar 1922 das Abkommen kurzfristig weiter-  
geben zu lassen, um noch mehr Erfahrungen sammeln zu können,  
als dieses in der kurzen Zeit bisher möglich war. Nach aus-  
giebiger Diskussion wird in geheimer Abstimmung beschlossen (mit  
zwei Drittel Majorität), daß keine Verlängerung des Sonder-  
abkommens in Frage gezogen werden kann, sondern daß auf  
Grund der Erfahrungen die Werkzeugmacher vom 1. Januar 1922  
ab wieder in Lohn arbeiten. Kollege Alfred Günther ermahnt  
die Kollegen in eindringlicher Weise, diesen gefaßten Beschluß  
mit aller Konsequenz zur Durchführung zu bringen. Die Aufgabe  
der Branchenkommission wird es nunmehr sein, im Interesse der  
gesamten Kollegen alle notwendigen Schritte einzuleiten, um den  
gefaßten Beschluß zur Auswirkung kommen zu lassen.

Beschmelzung in Schweden. Das von der Schwedischen Eisen-  
bahnerorganisation veranlaßte Referendum über den Anschluß  
an den Schwedischen Gewerkschaftsbund ergab, daß sich ca. 67 Pro-  
zent für, der Rest gegen den Anschluß aussprach. Damit ist  
der Anschluß eine vollzogene Tatsache.

Gewerkschaftserfolg in Kanada. Die kanadische Regierung hat  
die Verfügung getroffen, einen Vertreter des organisierten Per-  
sonals in die Betriebsleitung aufzunehmen. Das Wochenblatt  
der amerikanischen Eisenbahner, „Labor“, vermerkt diesen Be-  
schluß als einen Erfolg des Eisenbahnerpersonals, das diese Ver-  
tretung schon vor einigen Jahren verlangt hat.

### Arbeiterport

Tarn-Berlin „Eis“-Zerl veranstaltet am 1. Weihnachtstagesfest im Sit-  
schloß zu Teget eine Weihnachtsfeier.  
Sonderpreis der Märkischen Spielereinnahme. Spielplan der St. Tarnschloß  
Wilmersdorf, Wilmersbergische Straße, No. 2 — 4 (Fichte-Pl. 10 — 12 (Kü-  
per-Beitend).

### Parteiveranstaltungen

19. Dittich (Strenzberg). Zum letzten Male bitten wir die erwerbslosen und  
franken Genossen ihre Kinder bis Sonnabend zu melden bei Hermannus, Traub-  
straße 28, vom 4. 12., 10-6 Uhr, zur Beteiligung von gelagerten Kleidungsstücken.

### Bereinskalender

Weihnachtsfeier ehemal. Arbeitervereine, Ortsgruppe Charlottenburg,  
Großes Weichholz- und Stimmrecht am 30. Dezember, 6 Uhr, in den genannten  
Nämen der Kaiser-Friedrich-Straße, Berlin SW. 88. Reichshilfsprogramm,  
Tambora, Tanz, Festrede: Ortsgruppenleiter Hermann. Außerdem werden  
sprechen Lauterbach und Berentz, 1. Buchbesprechung, Einschaltungen an der  
Überbühne.

### Sonnabend, 24. Dezember

Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter, Altkasse Groß-Berlin. Im heißen  
Abend werden die Paraden unserer Ortsvereine um 1 Uhr geschlossen. Am  
27. Dezember (Dritter Feiertag) sind die Paraden für den Verkehr geschlossen.

### Geschäftliches

Bogenbuch. Dampfer-Führer, der Mitte November während der Vertiefung  
der Röhre für den Kanal von einem Tiger hinterläßt angefaßt worden  
war und in schwere Verletzungen erlitt, die er mörderisch im Hospital des  
Krankenhaus lag und nochmal operiert werden mußte, ist wieder vollkommen  
beruhigt. Er wird zum ersten Male in der am ersten Weihnachtstagesfest, nach-  
mittags 3 Uhr, stattfindenden Besprechung der prächtigen Röhre vorführen  
und zwar im Rahmen eines glänzenden Festtagsprogramms, das zahlreiche für  
Berlin unüblich neue Nummern enthält.

Veranstaltung für Politik und Journalismus: Leo Elias G. B., Berlin-Grünow;  
für Kommunalpolitik, Politik und Gewerkschaftliches: G. K. u. v. Berlin;  
für den Interessent und geschäftliche Mitteilungen: Ludwig K. u. v. Berlin;  
Berlin. — Verlagsanstalt „Freiheit“, S. G. u. B. Berlin. — Druck der  
Berliner Druckerei G. u. B. Berlin G. 2, Breite Straße 64.